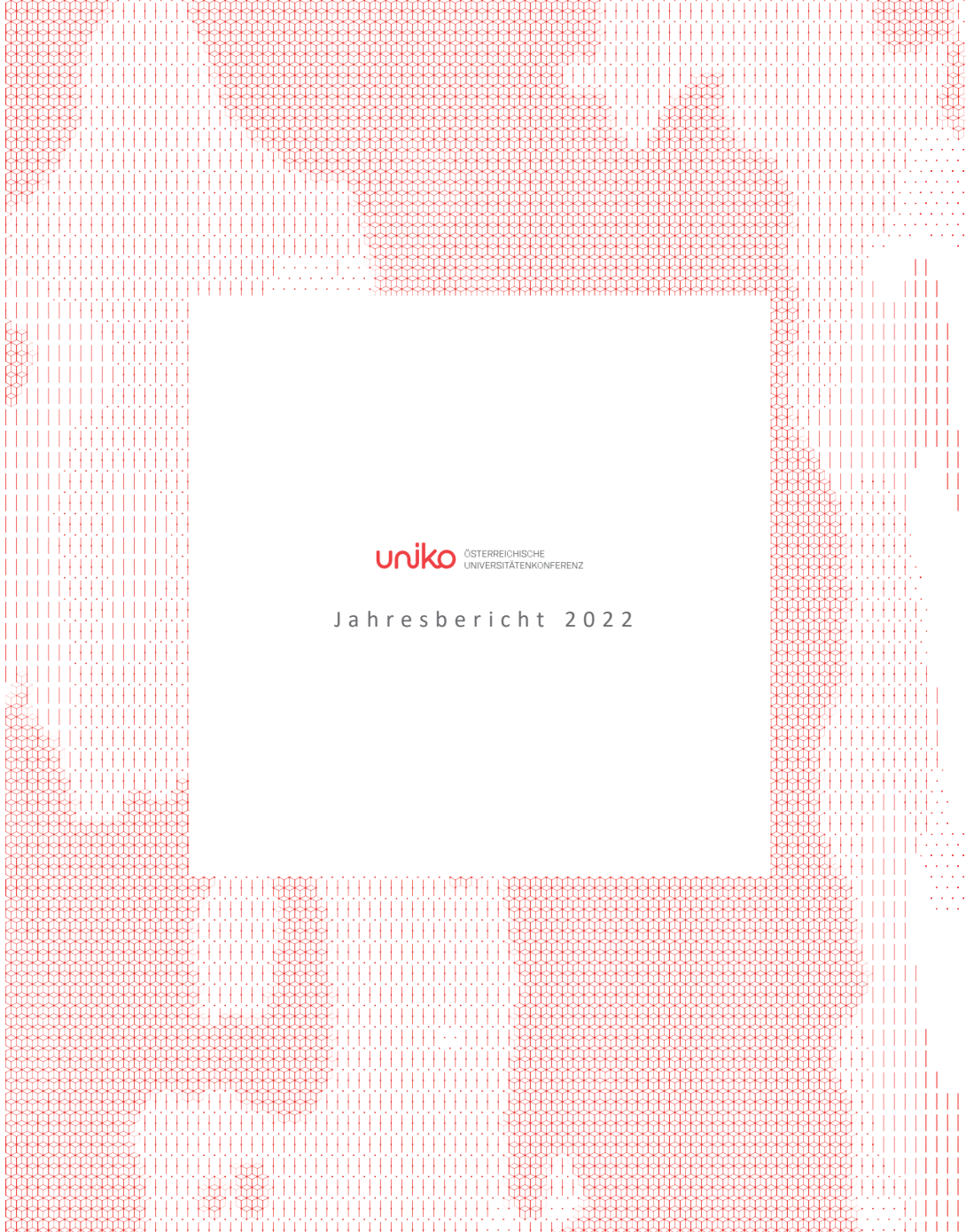




uniko
ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Jahresbericht 2022

uniko
ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Herausgeber und Medieninhaber:



Österreichische Universitätenkonferenz
Generalsekretariat
Floragasse 7/7
1040 Wien

Tel.: +43 1 310 56 56-0
E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Marion Gollner, Generalsekretariat

Gestaltung: Andreas Pirchner, me@andreaspirchner.com

Druck: Druckerei Wograndl, Mattersburg

Inhalt

Zum Geleit	
• Alles andere als ein gewöhnliches Jahr	4
• Universitäten – Lobbyisten der Zukunft	5
• Wissen schafft Vertrauen	6
Jahresrückblick	
• Von globalen Zäsuren und nationalen Initiativen: Was die Universitäten abseits der Budgetdebatte beschäftigt hat ...	7
• Mediale Momentaufnahmen: Statements der Rektor:innen	10
• Auf einen Blick: Das Universitätsjahr in Bildern	12
• Das Universitätsjahr in Zahlen	18
Neu im Amt	
• Erziehung zu Weltbürger:innen: Große Aufgaben in Zeiten von Klimawandel und ChatGPT	22
Vertrauen in die Wissenschaft	
• Evidenzbasierte Politikberatung und Wissenschaftskommunikation: Anspruch und Realität	24
• #wissenschaftsvertrauen: Positionen der uniko zum Diskurs über Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie	26
Studien im Auftrag der uniko	
• Effekte von Universitäten auf Wirtschaft und Gesellschaft	27
• De vita activa	30
Foren	
Personal	
• Universitäten als Arbeitgeberinnen	32
Budget und Ressourcen	
• Von Rekordinflation bis Teuerungswelle: Die Universitäten in Budgetnöten	34
Lehre	
• Hochschulbildung, Weiterbildung, Allgemeinbildung – Universitäten und lebenslanges Lernen	36
Task Force Gender & Diversity	
• Diversität an der Universität – Zur Umsetzung von Geschlechtervielfalt und Inklusion von Menschen mit Behinderung	38
Digitalisierung	
• Digitale Strukturen und Services schaffen Mehrwerte für alle Universitäten	40
Forschung & EEK	
• Mit Vernetzung und Kooperation die Forschung in Österreich stärken	42
Open Science Austria	
• Open Science Austria – Community Building und Aktivitäten im Rahmen der European Research Area (ERA)	44
Internationales	
• Dimensionen universitärer Internationalisierung	45
Verein zur Förderung der Universitätenkonferenz	
• Gemeinsam gegen die Klimakrise! Universitäten als Motoren der Nachhaltigkeit	46
• Die Europäisierung von Forschung und Lehre	47
Organisation	
• Organe und Personen	48
• Unsere Mission: Die Interessen der Universitäten in den Mittelpunkt stellen	50

Alles andere als ein gewöhnliches Jahr

Eine Leistungsvereinbarungsperiode lässt sich in drei große Abschnitte teilen: Jahr 1 ist das Jahr des ungestörten Arbeitens. Alle Schlachten sind geschlagen, das Geld ist aufgeteilt, neue Projekte werden aufgesetzt, laufende fortgeführt oder abgeschlossen, also im Großen und Ganzen ein ruhiges Jahr. Jahr 2 steht dann schon wieder im Lichte des Entwicklungsplans und im Jahr 3 wird bereits für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode verhandelt. 2022 war ein Jahr 1, allerdings konnte von einem „ruhigen Jahr“ nicht die Rede sein.

Die Universitäten sind in das Jahr 2022 unter den anhaltenden Rahmenbedingungen der Pandemie gestartet, die, wenn auch verbunden mit einer schrittweisen Lockerung, bis zum Ende des Sommersemesters erhalten geblieben sind. Die Schaffung stabiler Voraussetzungen für Studierende und Lehrende, die sich an den spezifischen Erfordernissen der einzelnen Universität orientierten, war der richtige Weg, um die Studierenden, Lehrenden und Forschenden gut in der Krise zu unterstützen. Nach fünf Pandemiesemestern startete das Wintersemester 2022/23 durch die Kombination von Präsenz-, Hybrid- und virtueller Lehre mit einem deutlich abwechslungsreicheren Angebot an Lehrveranstaltungsformaten ohne Einschränkungen.

Auch sonst sind uns einige Themen aus dem Vorjahr erhalten geblieben:

Open Science Austria (OSA), die interdisziplinär aufgestellte Stakeholder-Plattform, die unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen themenbezogene Lösungen und Vorschläge für Österreich erarbeitet, hat erfolgreich ihre operative Arbeit aufgenommen.

Die österreichische Exzellenzinitiative *excellent=austria* nahm weiter an Fahrt auf. Von insgesamt 35 eingereichten Anträgen zur Bildung von Exzellenzclustern wurden elf zur Vollantragstellung eingeladen, im März 2023 wurden letztendlich fünf Cluster, drei aus dem naturwissenschaftlichen und zwei aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich, mit einer Förderung ausgezeichnet. Die Ausschreibung für die zweite Förderschene, die Emerging Fields, startete im Herbst. Mit dieser nachhaltigen Erhöhung des Anteils der im Wettbewerb vergebenen Grundlagenforschungsmittel wird sich die Ausgangsposition von in Österreich arbeitenden Forscher:innen, auf europäischer und globaler Ebene erfolgreich Forschungsmittel einzuwerben, verbessern und damit werden auch mehr internationale Forschungsmittel nach Österreich kommen. Das ist inhaltlich und finanziell eine Win-win-Situation für die Republik Österreich.

Das Gründungsgesetz für das „Institute of Digital Sciences Austria“ wurde im Parlament verabschiedet. Dem voraus ging eine sehr intensive Begutachtungsphase, in der zumindest Teilerfolge im Sinne der Einbindung der bereits existierenden Stakeholder in den Gründungsprozess in Form eines



Sabine Seidler
Präsidentin der Österreichischen
Universitätenkonferenz

Beirates erzielt werden konnten. Einige Fragen blieben jedoch weiterhin offen. Zielkonflikte wie die geplante geringe Größe in Relation zur Angebotsbreite und erwarteten wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit oder Interdisziplinarität zu integrierten Curricula und disziplinärer Anschlussfähigkeit wurden konsequent ignoriert. Deren Lösung bleibt als Aufgabe für die designierte Gründungspräsidentin und den Gründungskonvent bestehen. Die letzten Monate haben die unterschiedlichen Interessenlagen im Gründungskonvent sichtbar gemacht. Die Tatsache, dass die sich daraus ergebenden Konflikte öffentlich ausgetragen wurden, hat das ohnehin schon schwierige Projekt beschädigt. Alle Beteiligten würden gut daran tun, sich nicht dem Druck landespolitischer Interessen zu ergeben, sondern sich auf die inhaltliche Arbeit zu konzentrieren und gemeinsam mit den Stakeholdern in Österreich ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten. Nur ein kompromissloses Bekenntnis zur Qualität wird es ermöglichen, den erhofften „Leuchtturm“ tatsächlich zu errichten.

Das Jahr 2022 war geprägt von disruptiven Veränderungen, die sich aus dem Ende der Pandemie, aber in besonderem Maße durch den Ukrainekrieg ergaben. Die damit verbundenen Kostensteigerungen haben die Universitäten vor bisher nicht dagewesene budgetäre Herausforderungen gestellt und sehr plakativ die Grenzen des dreijährigen Budgetzyklus aufgezeigt. Die Errungenschaften der Leistungsvereinbarungsperiode 2019–21 waren in Gefahr. Die Universitäten haben mit Notmaßnahmen reagiert, die u. a. auch den Energieverbrauch adressierten. „In jeder Krise liegt eine Chance“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine Vielzahl operativer Schritte zur Senkung des Energieverbrauchs gesetzt wurde, die in die nachhaltige Entwicklung der Universitäten einzahlen. Das gemeinsame Interesse von Universitäten und BMBWF, kein Personal abzubauen und die Studienbedingungen nicht zu verschlechtern, führte letztlich zu einem Stufenplan für die aktuelle Leistungsvereinbarungsperiode, in dem das Universitätsbudget für das Jahr 2023 um 400 Mio. Euro angehoben und eine Perspektive für das Jahr 2024 vereinbart wurde. Die gemeinsame Herausforderung besteht nun in der Sicherstellung eines ausreichenden Budgets für 2025–27. •

Universitäten – Lobbyisten der Zukunft

Was eigentlich ist die Aufgabe einer Dachorganisation der Universitäten? Die Rückschau auf ein vergangenes Arbeitsjahr ist eine gute Gelegenheit, auch den eigenen Auftrag zu reflektieren. In einem Satz zusammengefasst ließe sich sagen: Unsere Mission ist es, die Interessen der Universitäten in den Mittelpunkt zu stellen. Das heißt Strategien erarbeiten, Themen erkennen und gestalten, Positionen gemeinsam entwickeln und vertreten sowie dafür auch Öffentlichkeit und mediale Präsenz schaffen. Und es heißt auch Erfahrung und Wissen teilen, in Netzwerken zusammenarbeiten, Synergien und Effizienz steigern und gemeinsam Ressourcen nutzen.

Mit diesem Auftrag ist die uniko nicht allein: So zählt die European University Association (EUA), die europäische Dachorganisation der Universitäten, 35 nationale Rektor:innenkonferenzen zu ihren Mitgliedern. Gegenüber anderen Interessenvertretungen hat die uniko mit diesen europäischen Partnerinnen vor allem ein Charakteristikum gemeinsam: Eine Rektor:innenkonferenz ist keine Organisation, die ökonomische, ideologische oder politische Vorteile für bestimmte Gruppen durchzusetzen versucht. Daher hat die uniko auch keine Lobby hinter sich, die für sie eintritt, die hinter Kabinettstüren ihren Einfluss für sie geltend macht, Inserate schaltet oder Chats tippt. Das kann auf Durchsetzungsebene als ihre Schwäche gesehen werden und ist doch ihre Stärke, denn was Universitäten vertreten, sind keine Partikularinteressen, es sind die Interessen der Allgemeinheit, wie es auch § 1 des UG 2002 definiert, wenn es dort heißt, dass Universitäten „berufen sind ... verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen.“

Universitäten sind in diesem Sinne die unabhängigen Broker des gesellschaftlichen Wohlergehens abseits jeder Parteipolitik. Um diese Rolle wahrnehmen zu können, brauchen sie vor allem zwei Voraussetzungen: Ausreichende materielle Ressourcen einerseits und institutionelle Autonomie bzw. akademische Freiheit andererseits, wobei das Vorhandensein Ersterer die Ausübung Zweiterer überhaupt erst ermöglicht. 2022 musste die uniko vehement wie selten zuvor um das finanzielle Überleben der Universitäten kämpfen und ist damit auch über den Kreis der eigenen Stakeholder hinaus wahrgenommen worden. Mit der vom WIFO erstellten Studie zur Wertschöpfung konnte die uniko gemeinsam mit dem BMBWF neuerlich aufzeigen, welchen Gewinn die Universitäten bedeuten: individuell, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich.

Universitäten erarbeiten einen Wissensbestand, der Wege aus den multiplen aktuellen Krisen aufzeigt. Dieses Wissen ist aber weder in 280 Zeichen vermittelbar, noch ist sein Charakter ein endgültiger, es ist vielmehr ein Prozess sich ständig erneuernder Erkenntnisse. Um diese nutzbar zu machen, braucht es ein informiertes Gegenüber in der Politik, das da-

rauf aufbauend verantwortungsvolle Entscheidungen trifft. Diese Übersetzung in politisches Handeln kann nur gelingen, wenn sie von einer kritischen Öffentlichkeit begleitet wird, die den Transfer von Wissen zum Handeln als komplexen Aushandlungsprozess sichtbar und damit aushaltbar macht. Den Raum für kritische Öffentlichkeit, die nicht nach kurzfristiger Aufmerksamkeit heischt und Auseinandersetzungen nicht in Polarisierungen eskalieren lässt, schaffen unabhängige Qualitätsmedien.

Daher hat die uniko 2022 auch zu Themen Stellung bezogen, um die Qualität genau dieses öffentlichen Diskursraumes zu sichern. Dazu gehörte beispielsweise das Eintreten für die Stärkung des Wissenschaftsjournalismus, die im Gesetz zur Förderung des qualitätsvollen Journalismus bislang leider nur in Ansätzen umgesetzt wird. Darüber hinaus hat sich die uniko auch zur – mittlerweile besiegelten – Einstellung der *Wiener Zeitung* zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, dass nicht nur die Existenz einer unabhängigen Qualitätszeitung auf dem Spiel steht. Vielmehr geht es dabei um die Durchsetzung eines sehr problematischen Medienverständnisses, das „weder mit unabhängigem Journalismus noch mit dem Verständnis von Staatsbürger:innen als zum autonomen politischen Handeln befähigte Subjekte einer demokratischen Gesellschaft vereinbar ist“, so die uniko-Stellungnahme.

Eine resiliente Demokratie, die fähig ist mit globalen Krisen umzugehen, ihre Ressourcen nachhaltig nutzt und möglichst vielen Menschen ein gutes Leben ermöglicht, braucht Universitäten künftig mehr denn je. Sie sind die Lobbyisten der Zukunft. Das ist gemeint, wenn die uniko sagt: die Interessen der Universitäten in den Mittelpunkt stellen. •



Elisabeth Fiorioli
Generalsekretärin der Österreichischen
Universitätenkonferenz

Wissen schafft Vertrauen

Das vergangene Jahr hat uns einmal mehr gezeigt, dass Demokratie und Frieden keine Selbstverständlichkeiten sind. Es bedarf unser aller Engagements, um das Leben demokratischer Werte zu ermöglichen. Es ist mir daher umso mehr ein persönliches Anliegen, das Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie nachhaltig zu fördern. Deshalb habe ich den Ressortschwerpunkt „Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie“ begründet. Hervorheben darf ich hier insbesondere die „Trust in Science and Democracy (TruSD)“-Vernetzungskonferenz, die Ende September mit rund 400 Teilnehmer:innen stattgefunden hat, sowie die Erarbeitung des „TruSD-10-Punkte-Programms“. Die wissenschaftliche Praxis lehrt uns eine kritische Haltung einzunehmen, methodisch und systematisch zu hinterfragen und dadurch selbstverantwortlich agieren zu können. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen kann dies nicht hoch genug eingeschätzt werden. In der Umsetzung dieser Strategie sind die Universitäten daher wesentliche Partnerinnen. Bereits in der Vergangenheit haben sie großen Einsatz in der Wissenschaftsvermittlung gezeigt, etwa durch die Kinderunis, die Lange Nacht der Forschung und verschiedene Austauschplattformen. Dafür darf ich Ihnen danken und ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen diesen erfolgreichen Weg fortsetzen zu können.

Gelebte Solidarität zeigte sich im Zuge der sehr rasch anlaufenden Unterstützungsangebote für vom Krieg betroffene ukrainische Studierende, die jede einzelne Universität unkompliziert leistete und die Hand in Hand gingen mit den Unterstützungsprogrammen seitens des Ministeriums, des OeAD und der ÖH.

Für die Entwicklung der österreichischen Universitäten waren im Jahr 2022 die unerwartet hohen Lohn- und Preissteigerungen die wohl größte Herausforderung. Um den Teuerungseffekten entgegenzuwirken, wurden rasch Maßnahmen ergriffen, um die finanziellen Auswirkungen bestmöglich abzufedern. In der aktuellen Leistungsvereinbarungsperiode 2022–

2024 wurden zum Rekordbudget von 12,3 Mrd. Euro daher zusätzlich 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Diese Summe wurde nochmals um weitere 150 Mio. Euro erhöht, um sicherzustellen, dass der Wert des Rekordbudgets für die Universitäten trotz Teuerung erhalten bleibt. Das ist im Vergleich zu allen anderen öffentlichen Bereichen einzigartig, aber eine wichtige Investition in die Zukunft dieses Landes.

Blicken wir in die Zukunft, so hat mein Haus mit der Erarbeitung grundlegender Strategiedokumente wesentliche Voraussetzungen für die hochschulische Entwicklung der nächsten Jahre geschaffen. Der österreichische Hochschulplan 2030 und der Gesamtösterreichische Universitätsentwicklungsplan bilden die strategische Grundlage für die längerfristige Entwicklung des österreichischen Hochschulsystems. Nun gilt es, gemeinsam mit Ihnen an der Umsetzung dieser Strategien zu arbeiten. Zwei der maßgeblichen Themen werden jene Weiterentwicklungen darstellen, die im direkten Zusammenhang mit Nachhaltigkeit/Klima und den digitalen Entwicklungen in Forschung, Lehre und Verwaltung stehen. Umfassende Querschnittsthemen wie diese können meiner Ansicht nach nur in Kooperation zwischen den Universitäten und Hochschulen selbst sowie in Kooperation mit dem BMBWF tragfähig behandelt werden.

Abschließend darf an dieser Stelle eines nicht fehlen, denn ein Ereignis wurde, über die Grenzen der (österreichischen) Wissenschaftscommunity hinausgehend, im Herbst 2022 mit großer Freude begrüßt – der Nobelpreis für Anton Zeilinger. Mit Professor Zeilinger wurde ein Wissenschaftler ausgezeichnet, der an den heimischen Universitäten „groß“ geworden ist. Dies darf durchaus auch als Auszeichnung für Österreichs Universitäten betrachtet werden.

So freue ich mich auf die Zusammenarbeit im kommenden Jahr – schaffen wir gemeinsam die Voraussetzungen für exzellente Wissenschaft von morgen und damit die Grundlage für weitere österreichische Nobelpreise! •



Martin Polaschek
Bundesminister für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

Von globalen Zäsuren und nationalen Initiativen.
Was die Universitäten abseits der Budgetdebatte beschäftigt hat ...

PERSPEKTIVEN FÜR GEFÄHRDETE FORSCHER:INNEN UND KÜNSTLER:INNEN

Bereits in den ersten Kriegstagen verurteilte die uniko den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste und sicherte bedrohten Studierenden, Forscher:innen und Künstler:innen rasche und unbürokratische Unterstützung zu. „Der Krieg gegen die Ukraine richtet sich nicht nur gegen die Souveränität eines europäischen Staates, sondern ist ein beispielloser Angriff auf die fundamentalen Werte und Überzeugungen, die wir teilen“, erklärte uniko-Präsidentin Sabine Seidler in einer Aussendung. Eine der zahlreichen Maßnahmen, die von den Universitäten getroffen wurden, war die Reaktivierung der uniko-Initiative MORE.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Afghanistan und dem Iran setzte sich die uniko zudem für eine Ausweitung des Programms für geflüchtete Wissenschaftler:innen ein: Mit der geplanten uniko-Initiative würden Universitäten die Möglichkeit erhalten, gefährdete Forscher:innen und Künstler:innen aufzunehmen und sie dabei zu unterstützen, im europäischen Forschungsraum Fuß zu fassen und den Übergang in den außeruniversitären Arbeitsmarkt zu schaffen. Vergleichbare Projekte gibt es beispielsweise schon in Deutschland, wo die Philipp Schwartz-Initiative eng mit internationalen Partnern wie dem Scholars at Risk Network, dem IIE Scholar Rescue Fund und dem Council for At-Risk Academics zusammenarbeitet.

NEU IM UNIKO-PRÄSIDIUM

„Führungsqualität ergibt sich nicht einfach aus akademischer Exzellenz, es braucht auch Fähigkeiten im Technisch-Ökonomischen, Ungeduld, Gestaltungswillen, samt Bereitschaft, es nicht jedem recht zu machen.“ – Mit diesen Worten wurde *Heinz Engl*, Rektor der Universität Wien von 2011 bis 2022 und Mitglied des uniko-Präsidiums, in einem Kommentar in der Presse gewürdigt. Zu seinem Nachfolger wurde *Sebastian Schütze*, Kunsthistoriker und bislang Dekan der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien, gewählt (siehe Seite 22). Er übernahm mit 17. Oktober auch Engls Funktion als uniko-Präsidiumsmitglied. *Tilmann Märk*, der seine Amtszeit als Rektor der Universität Innsbruck ebenfalls verfrüht beendet hatte (2011–2023) und in der Laudatio als „begeisternder und begeisterter Forscher“ für seine langjährigen Verdienste geehrt worden war, wurde im März 2023 vom neuen Rektor der Universität Graz, *Peter Riedler*, als Präsidiumsmitglied abgelöst.

NACHHALTIGKEIT UND KLIMAPOLITIK

Anlässlich des alarmierenden Berichts des Weltklimarates 2022 richteten die Universitäten einen dringenden Appell an die österreichische Bundesregierung. „Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben gezeigt, dass tiefgreifende Veränderungen und weitreichende Maßnahmen in Ausnahmesituationen rasch umgesetzt werden können – angesichts der Dramatik des Klimawandels und der verheerenden Auswirkungen, die uns allen drohen, braucht es auch hier ein radikales und sofortiges Umdenken“, so uniko-Präsidentin Sabine Seidler. Konkrete Handlungsoptionen lieferte der UniNetZ-Optionenbericht, der der österreichischen Regierung am 1. März 2022 übergeben wurde und auf knapp 150 Seiten eine wissenschaftlich fundierte Analyse samt Handlungsempfehlungen liefert. Da dieser Weckruf weitestgehend unbeantwortet blieb und die Proteste von Klimaaktivist:innen, teilweise mit Unterstützung von führenden Wissenschaftler:innen, im Laufe des Jahres häufiger wurden, appellierte die uniko 2023 erneut an die Bundesregierung, die Warnungen der Wissenschaft und auch die Anliegen friedlicher Formen des zivilen Protests ernst zu nehmen und sofortige Maßnahmen zu ergreifen. „Die Faktenlage ist erdrückend. Konkrete Vorschläge und Lösungsansätze liegen am Tisch. Es müssen nun endlich Taten folgen“, so Präsidentin Seidler.

MEDIENFÖRDERUNG, WIENER ZEITUNG & CO

Angesichts der zunehmenden Polarisierung und Ideologisierung über Fake News und alternative Fakten erscheint es wichtiger denn je, qualitativen und seriösen Journalismus und hier insbesondere den Wissenschaftsjournalismus als zentrale demokratiepolitische Säule zu stärken und zu fördern. Daher hat die uniko 2022 Stellungnahmen zu zwei Gesetzesentwürfen abgegeben, die sich in diesem Spannungsfeld bewegen. Beim Gesetzesentwurf über die Förderung des qualitativsten Journalismus forderte die uniko – zusammen mit anderen Wissenschaftsinstitutionen – die Aufnahme von Wissenschaftsberichterstattung als ein Kriterium der Medienförderung. Zudem konstatierte die uniko, dass der Gesetzesentwurf zur *Wiener Zeitung* den Grundsätzen eines demokratischen Verständnisses von Journalismus, Staat und Bürger:innen nicht gerecht werde. Zwar enthält die überarbeitete Novelle zur Medienförderung als kleinen Teilerfolg nun – wie gefordert – Berichte über Wissenschaft als allgemeines Förderkriterium, jedoch ohne finanzielle Implikationen. Erfolglos verliefen auch die Rettungsversuche zum Erhalt der *Wiener Zeitung*. 2022 beteiligte sich die uniko zudem an einem europaweiten Appell von 57 Verbänden an die Europäische Union. Der Call to Europe „Save Our Spectrum“ forderte, das UHF-Spektrum für Rundfunk und Kultur sowie drahtlose Produktionstechnik, das auch für die Universitäten von großer Bedeutung ist, über 2030 hinaus zu erhalten.

FWIT-RAT

Im Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen wurde beschlossen, den Wissenschaftsrat, den Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) und das ausgelaufene ERA Council Forum zu einem neuen Beratungsgremium zusammenzufassen. Die uniko begrüßte in einer Stellungnahme zum FWIT-Rat-Errichtungs-gesetz die Reform, mit der das bisherige System verschlankt und das Verfügbarmachen von Expert:innenwissen und Handlungsempfehlungen für die gesamte Bundesregierung institutionalisiert werden soll. Für ein Gelingen des neuen Konzepts müssten aus Sicht der uniko vor allem die Unabhängigkeit und die ausgewiesene hohe Qualifikation der Mitglieder der Ratsversammlung unbedingt gewährleistet sein.

HOCHSCHULPLAN (HOP) UND GESAMT-ÖSTERREICHISCHER UNIVERSITÄTSENTWICKLUNGSPLAN (GUEP)

Im Dezember 2022 präsentierte das BMBWF sowohl den österreichischen Hochschulplan 2030 (HoP) als auch den Gesamtösterreichischen Universitätswentwicklungsplan 2025–2030 (GUEP). Die uniko kommentierte beide Pläne in Stellungnahmen. Sie begrüßte unter anderem, dass der GUEP in den Systemzielen und Handlungsfeldern zahlreiche für die Entwicklung des Hochschulraums und der Universitäten wesentliche Aspekte adressiert, vermisste jedoch eine Fortschrittsanalyse gegenüber dem Vorgängerdokument und eine Begründung von Prioritätsverschiebungen. Zudem hätte sich die uniko im Kapitel Finanzierung belastbare Zahlen für die aktuelle LV-Periode gewünscht bzw. die Erarbeitung von Best-/Worst-Case-Szenarien. Die im Vorgängerdokument angeführten Themen Absicherung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Universitätsfinanzierung NEU, Implementierung der Exzellenzinitiative sowie Erreichung des 2-Prozent-Zieles sollten aus Sicht der uniko ebenso wiederaufgenommen werden wie das klare Bekenntnis zur Absicherung der kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung und zur Umsetzung von deren zweiten Ausbaustufe. Was den HoP betrifft, so teilt die uniko die Einschätzung, dass die Steuerung der Entwicklungen im österreichischen Hochschulraum im Lichte der sich rasch ändernden und neuen Ansprüche von Gesellschaft und Wirtschaft gesehen werden muss. Zugleich ist die uniko der Überzeugung, dass ein solcher Plan bei grundsätzlichen Fragen ansetzen muss und es nicht ausreichend ist, auf dem Status quo aufzubauen.

TU FÜR DIGITALISIERUNG UND DIGITALE TRANSFORMATION

Im Zuge der anhaltenden Diskussion um die Gründung einer neuen TU für Digitalisierung und digitale Transformation in Linz mit der Bezeichnung *Institute of Digital Sciences Austria (IDSA)* bekräftigte die uniko die Förderung, Synergien mit bestehenden Angeboten anderer Universitäten bestmöglich zu nutzen und ein ausgereiftes und vor allem zeitlich realistisches Konzept auszuarbeiten. „Angesichts der aktuellen Lage kann ich mir nicht vorstellen, dass die neue Universität im Herbst ihren Betrieb aufnehmen kann“, so Seidler.

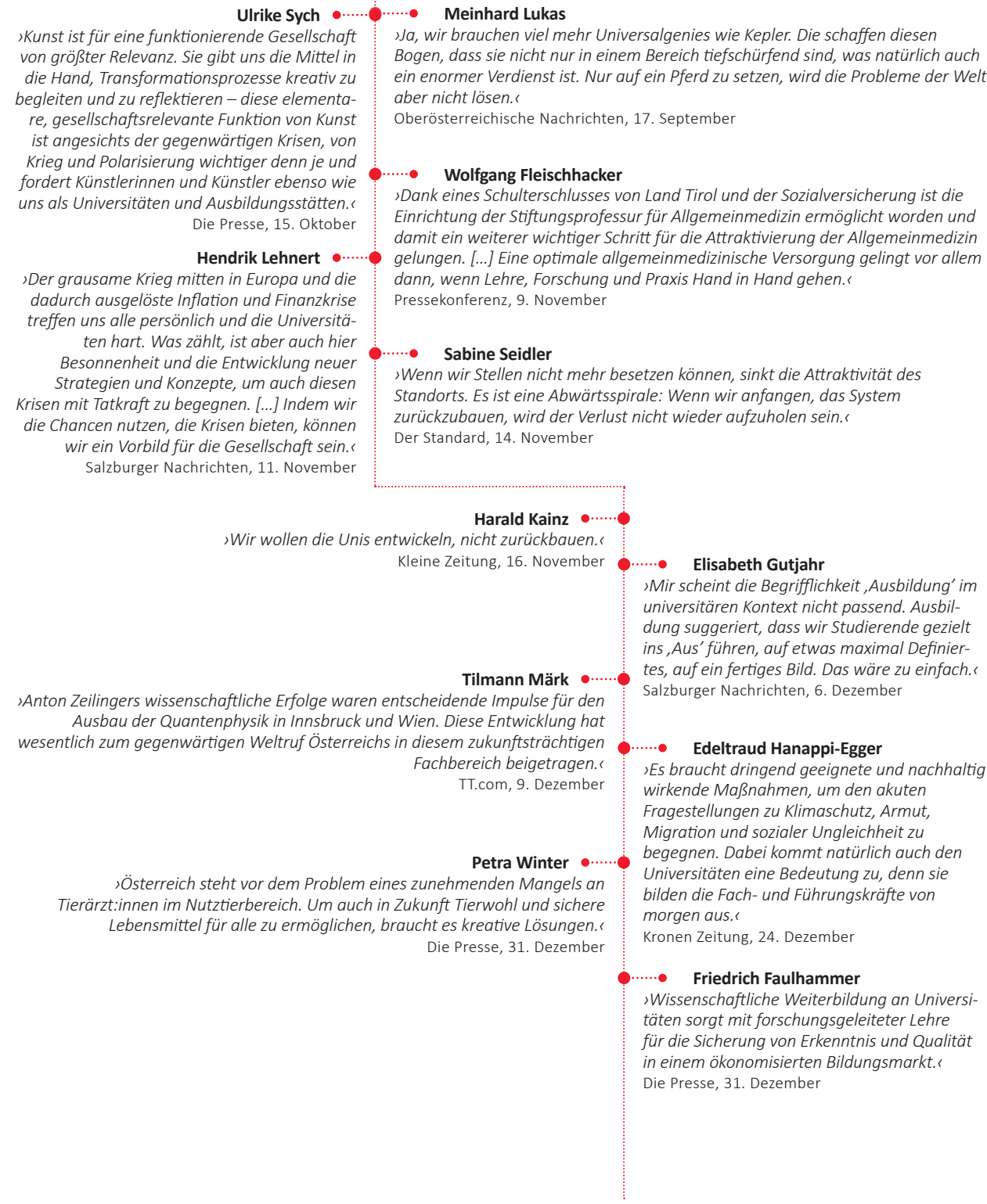
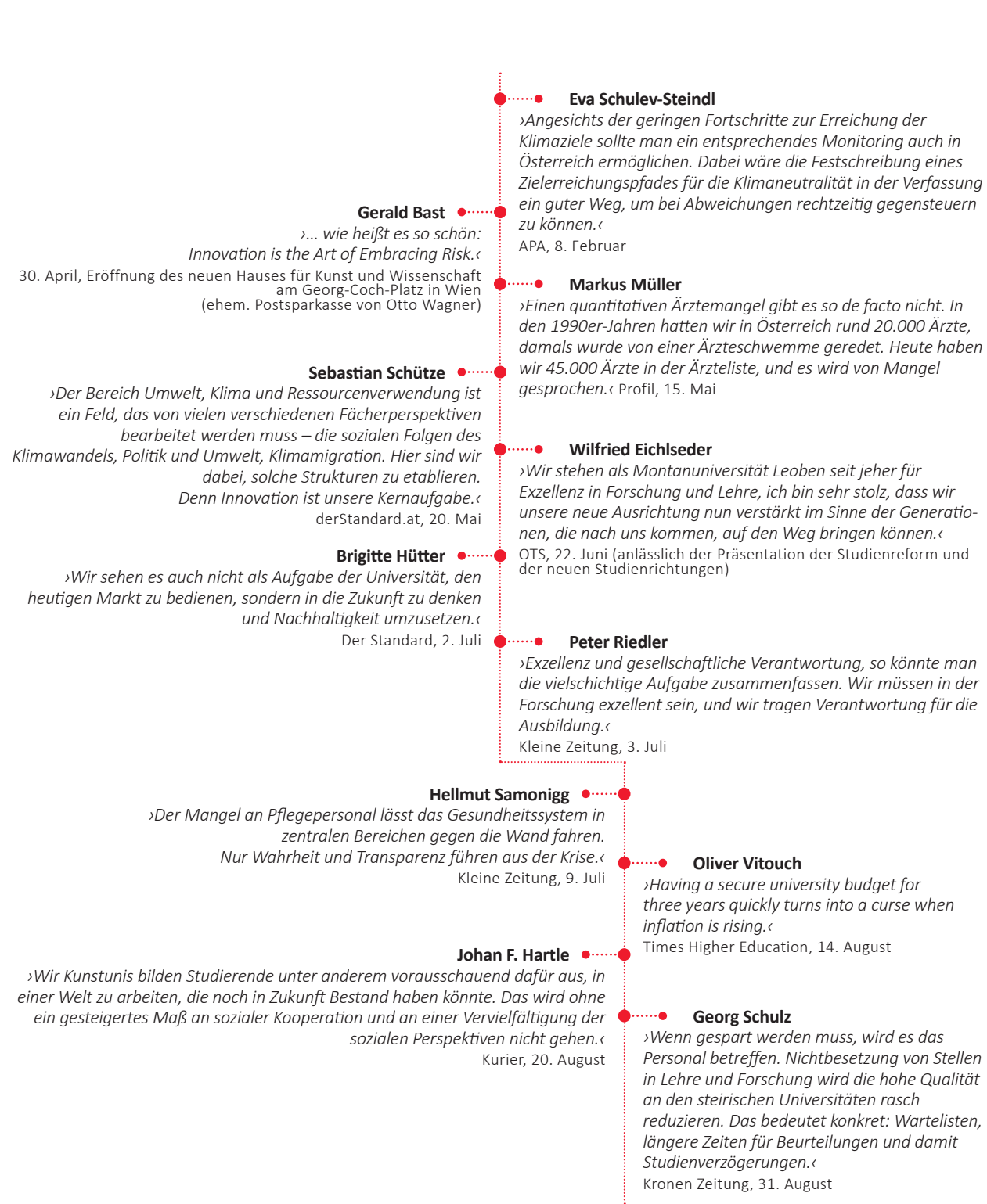
VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT

Mit dem Wissenschaftsblog *Schrödingers Katze* hat die uniko bereits vor einigen Jahren eine Kampagne gestartet, um das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken und die alltägliche Relevanz universitärer Forschung aufzuzeigen. Ebenso vielfältig sind die Aktivitäten der einzelnen Universitäten im Bereich Wissenschaftskommunikation und Third Mission, die von der Kinderuni über die Lange Nacht der Forschung bis hin zu zahllosen lokalen Initiativen reichen. Die uniko begrüßt in einem Positionspapier (Details siehe Seite 26) die vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene und vom IHS durchgeführte Ursachenstudie sowie das ÖAW-Wissenschaftsbarometer grundsätzlich, plädiert in der allgemeinen Diskussion aber für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Themen „Wissenschaftsskepsis“ und „Vertrauen in die Wissenschaft und Demokratie“, wie sie die Zwischenergebnisse der IHS-Studie ebenfalls nahelegen. Gerade als Wissenschaftler:innen sollte es uns ein zentrales Anliegen sein, Umfragen und häufig verwendete Begriffe wie Wissenschaftsskepsis kritisch zu hinterfragen und historisch wie gesellschaftspolitisch in den jeweiligen Kontext zu setzen. Denn Skepsis ist per se ja nichts Schlechtes, sondern Ausgangspunkt zahlreicher neuer Erkenntnisse. •



• Marion Gollner
Pressereferentin der uniko

Mediale Momentaufnahmen: Statements der Rektor:innen



Auf einen Blick: Das Universitätsjahr in Bildern

→ **11. März** – Katrin Brack und Konrad Brack haben für die Ausstellung „absolut konkret“ in der Universitätsgalerie der Angewandten die Herstellungsweisen abstrakter Filme in den Blick genommen und die ökonomischen Gesetze von Rationalität und Effizienz zur Disposition gestellt.



↓ **16. März** – Ausstellungseröffnung im Foyer der Universität Mozarteum: „Achtung International“ (kuratiert von Matthew Werley) zum 100-Jahr-Jubiläum der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik mit Salzburg als Gründungsort.



↓ **25. April** – Die an der Universität Klagenfurt mitentwickelte Videostreaming-Technologie MPEG DASH erhielt in Las Vegas einen Technology & Engineering Emmy®-Award. Überreicht wurde der Fernsehpreis an Christian Timmerer, einen der federführenden Entwickler:innen.



↓ **2. Mai** – Treffen der Rektor:innen und Rektoren bei der unikol-Strategieklausur in Salzburg.



↓ **20. Mai** – Marjan Kiepora, Sohn des berühmten Künstlerpaares Jan Kiepora und Marta Eggerth, und seine Frau Jane Knox aus den USA besuchten die Ausstellung „Mein Lied für Dich – Marta Eggerth und Jan Kiepora zwischen zwei Welten“ am Exilarte Zentrum für verfolgte Musik der mdw.



↑ **27. Jänner** – Anlässlich des 400-Jahr-Jubiläums der Paris Lodron Universität Salzburg widmete sich eine eigene Ausstellung im Salzburger Domquartier deren Geschichte.

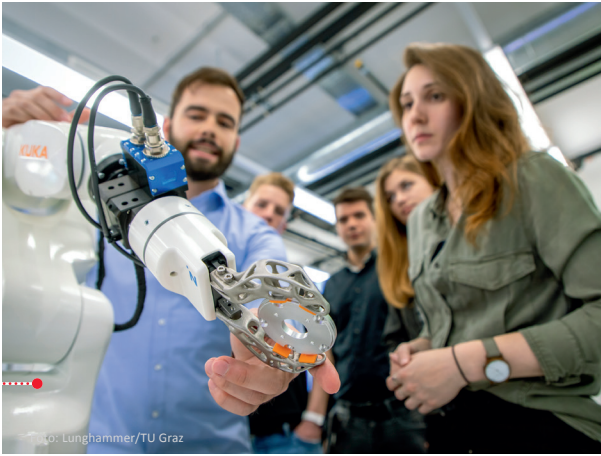


→ **23. März** – Mit einem rosa Elefanten aus Papier setzten Studierende am Open Day der Kunstuniversität Linz ein Zeichen für gegenseitiges Verständnis, Mitgefühl und Nächstenliebe.



← **20. April** – Der Zirkus des Wissens am Campus der Johannes Kepler Universität Linz startete in seine erste Spielsaison. Dieser zauberhafte Ort bietet seither viel Platz für Kunst und Wissenschaft und begeistert alle Altersgruppen.

→ **2.–4. Juni** – Das erste „WING“-Studium wurde 1947 an der TU Graz aus der Taufe gehoben. Das Jubiläum „75 Jahre Wirtschaftsingenieur:innen in Österreich“ wurde im Juni mit einem Kongress begangen.



→ **9. Juni** – Nach Corona-bedingter Pause fand 2022 endlich wieder das beliebte Sommerfest am Campus der Wirtschaftsuniversität Wien statt. 8.000 Personen feierten u. a. mit Street Food Market und Konzerten das baldige Ende des Studienjahres.



→ **23. Juni** – Die neue Universitätsklinik für Kleintiere wurde am Campus der Veterinärmedizinischen Universität Wien eröffnet. Der richtungsweisende Bau dient vor allem der klinischen Ausbildung zukünftiger Tierärzt:innen.



← **29. September** – Nach erfolgter Besiedelung der Räumlichkeiten am Campus der Med Uni Graz wurde der Beginn des Studienjahres erstmals am neuen gemeinsamen Standort gefeiert.

↓ **5. Oktober** – Rektor Markus Müller hieß die 760 Erstsemestrigen und künftigen Mediziner:innen beim „White Coat Welcome“ an der MedUni Wien herzlich willkommen.



↓ **29. September** – Künstlerische Performance am BOKU-Campus anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums. Rektorin Eva Schulev-Steindl nahm persönlich Hammer und Meißel in die Hand, um auf die Bodenversiegelungsproblematik in Österreich aufmerksam zu machen.



↑ **23.–24. Juni** – Der traditionsreiche Paul-Ehrlich-Contest mit rund 100 Teilnehmer:innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz fand erstmals außerhalb Deutschlands, nämlich an der Medizinischen Universität Innsbruck, statt.



↑ **13. September** – Festakt 10 Jahre Steirische Hochschulkonferenz mit prominent besetzter Uraufführung einer Komposition von Leonie Patrizia Strecker für Live-Elektronik und Triangel. (© Lucija Novak)



↑ **27. September** – Präsentation der von uniko und BMBWF in Auftrag gegebenen WIFO-Studie „Wirtschaftliche Effekte von Universitäten“ mit Präsidentin Sabine Seidler, Minister Martin Polaschek und Studienautor Jürgen Janger.



→ **29. September** – Nach einer längeren Konzeptions- und Umbauphase wurde die Victor-Franz-Hess-Messstation am Hafelekar offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (li.), der Rektor der Universität Innsbruck, Tilmann Märk, und Rüdiger Voss (re.), ehem. Vorsitzender der European Physical Society, enthüllten die Ausstellungstafel.



Foto: Freisinger

↑ **7. Oktober** – Eröffnung des neuen Studienzentrums der Montanuniversität Leoben mit Rektor Wilfried Eichlseder, Wissenschaftsminister Martin Polaschek und BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss.



Foto: akbild



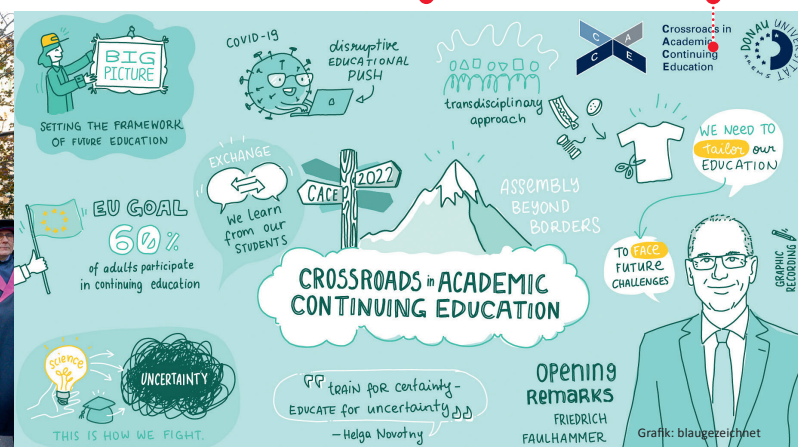
Foto: Matthias Heisler/TU Wien

↑ **7. November** – Konsequenzen ihrer Finanzsituation aufzeigen: Das wollten Angehörige der TU Wien bei einem Aktionstag am Campus Karlsplatz/Resselpark und einer anschließenden Demo Richtung Wissenschaftsministerium.

↓ **15. November** – Etwa 5.000 Studierende und Mitarbeiter:innen der fünf steirischen Universitäten warnten bei einer Info-Veranstaltung und Kundgebung in Graz vor weitreichenden Folgen der gravierenden Budgetlücke. Mit dabei: Vertreter:innen der Rektorate.



Foto: Tziyanopoulos/Uni Graz



↑ **1. Dezember** – Auf Einladung der Universität für Weiterbildung Krams skizzierten internationale Expert:innen die Zukunft der Weiterbildung. Das Graphic Recording zur Eröffnungsrede von Rektor Faulhammer illustriert die Themenfülle.

→ **9. Jänner 2023** – Franz Essl, Biodiversitätsforscher an der Universität Wien, wurde vom Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalist:innen zu Österreichs Wissenschaftler des Jahres 2022 gewählt.

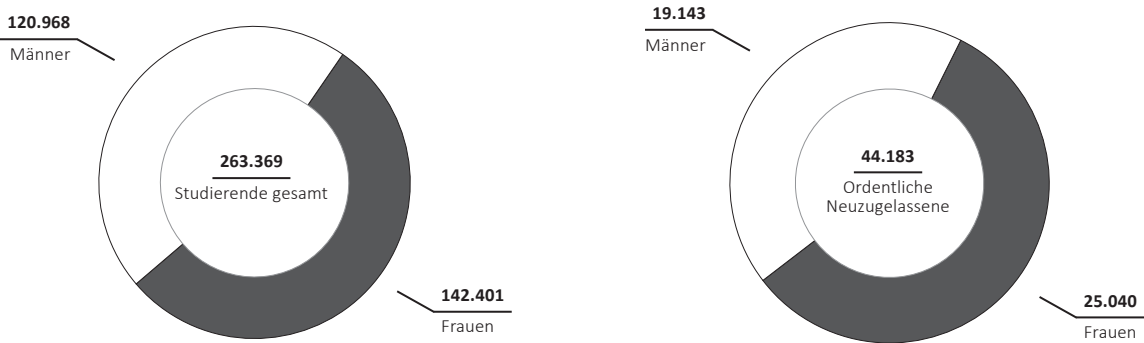


Foto: Daniel Hinterramskogler



Foto: Thomas Lehmann

Studierende

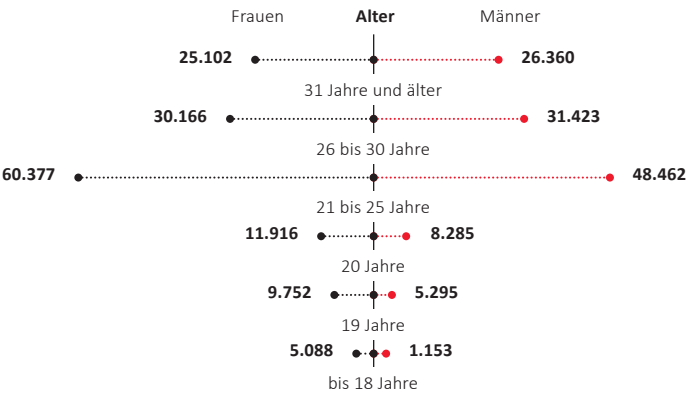


* Quelle: unidata / Forschungs- und Technologiebericht 2022

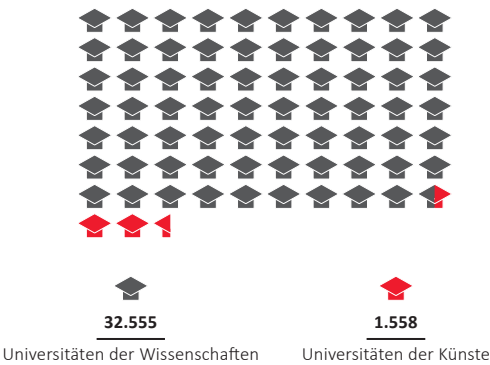
Beliebteste Studien bei Anfänger:innen

- 1 Wirtschaftswissenschaften
- 2 Rechtswissenschaften
- 3 Informatik
- 4 Humanmedizin
- 5 Biologie
- 6 Psychologie
- 7 Architektur
- 8 Wirtschaftsrecht
- 9 Pädagogik
- 10 Publizistik und Kommunikationswissenschaft

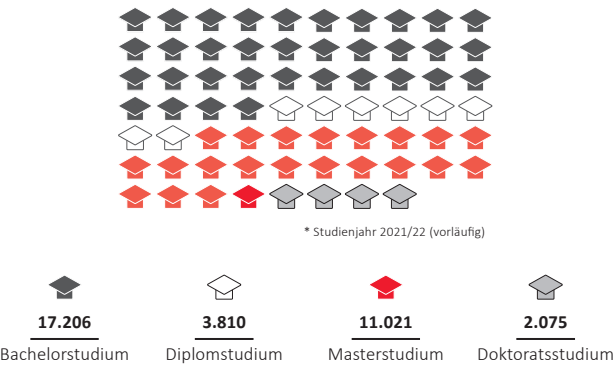
Alter der Studierenden



Studienabschlüsse nach Uni-Typ

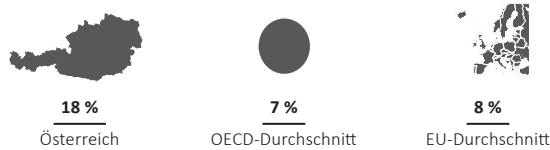


Art der Studienabschlüsse



* Studienjahr 2021/22 (vorläufig)

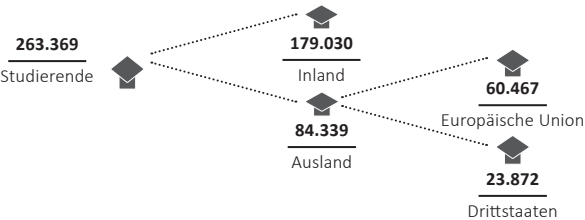
Anteil ausländischer Studierender im Tertiärbereich



Auslandsaufenthalte im Rahmen von Mobilitätsprogrammen



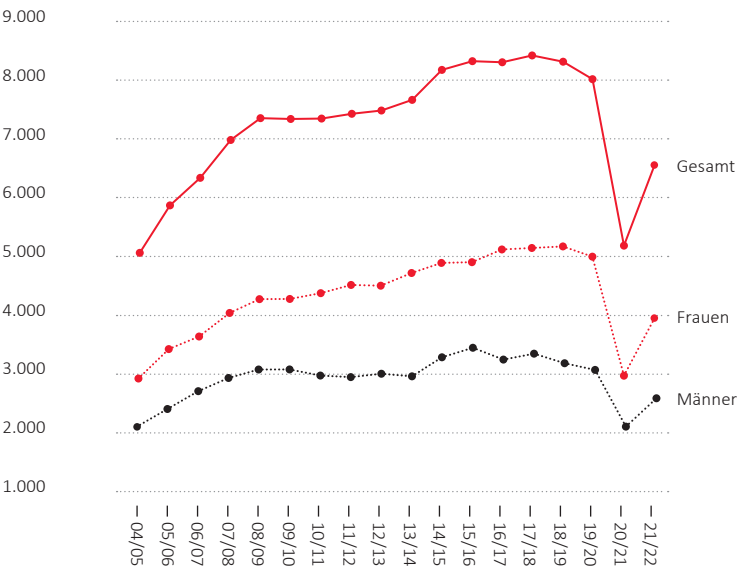
Herkunft der Studierenden



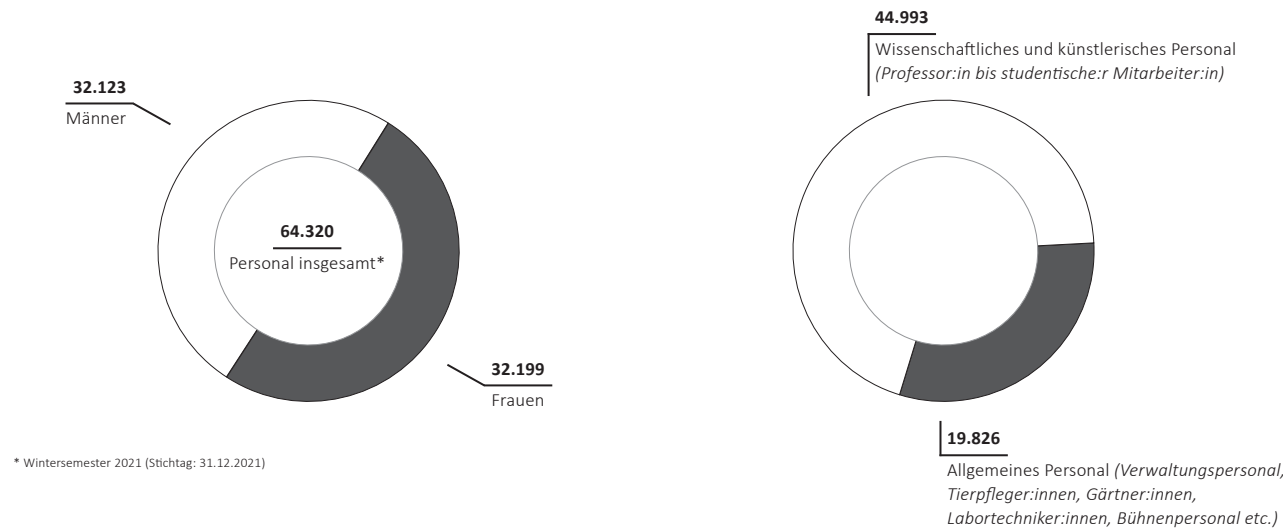
Häufigste Herkunftsländer

- | | | |
|----|------------------|--------|
| 1 | Deutschland | 35.788 |
| 2 | Italien | 9.488 |
| 3 | Ukraine | 3.347 |
| 4 | Kroatien | 2.716 |
| 5 | Ungarn | 2.716 |
| 6 | Russ. Föderation | 2.712 |
| 7 | Bosn. u. Herzeg. | 2.654 |
| 8 | Türkei | 2.303 |
| 9 | Serbien | 1.741 |
| 10 | Rumänien | 1.695 |

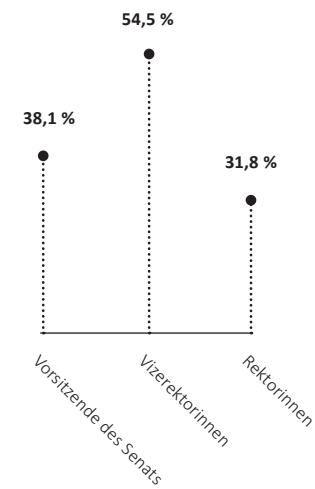
Studierendenmobilität – Incoming



● Universitäten als Arbeitgeber



● Frauen in Führungspositionen



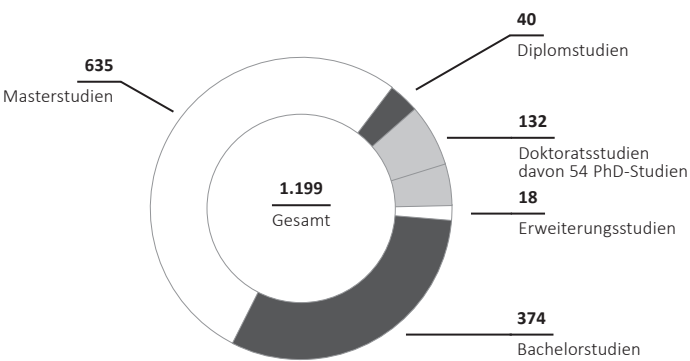
● Prüfungsaktive Studien

173.216

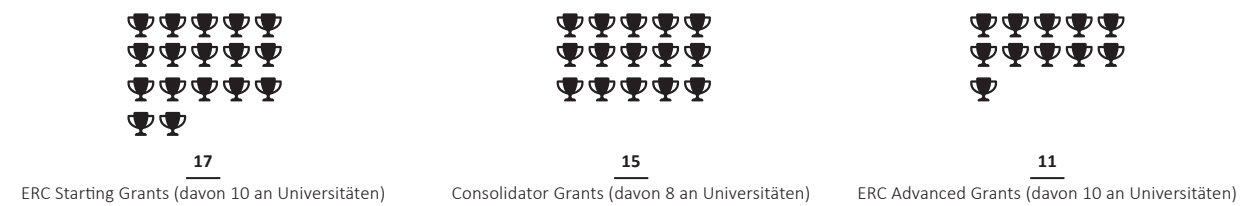
● Nutzfläche der Universitätsgebäude

2.154.981 m²
(= 302 Fußballfelder)

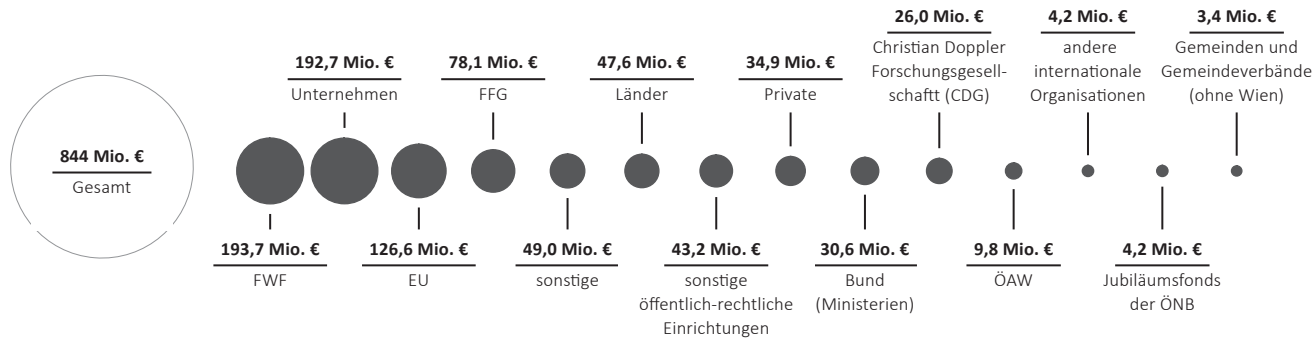
● Studienangebot



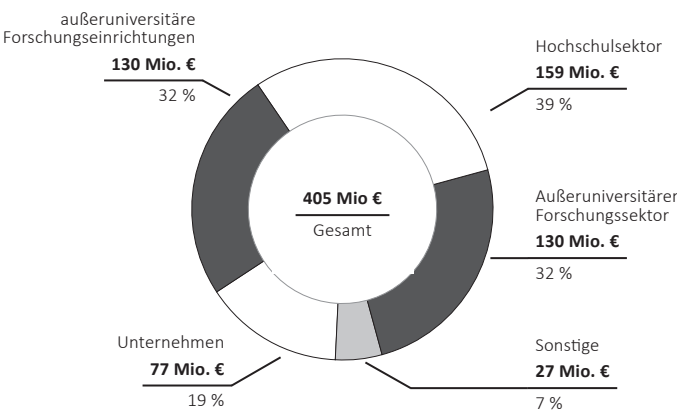
● Europäische Wissenschaftspreise



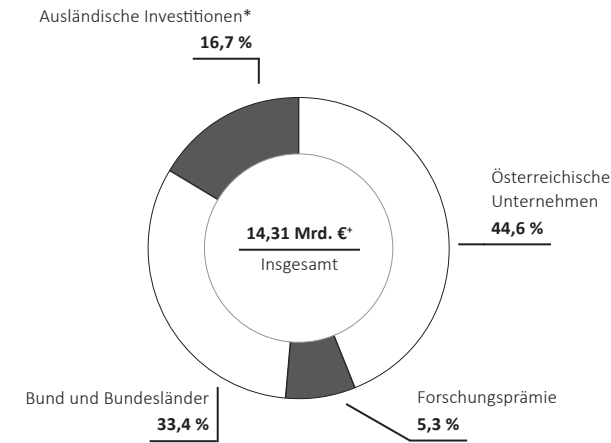
● Universitäre Einnahmen aus F&E- sowie EEK-Projekten



● Österreich in HORIZON 2020



● Finanzierung von Forschung und Entwicklung & Innovation



* hauptsächlich Ausgaben von ausländischen Unternehmen für österreichische Tochterunternehmen + Rückflüsse aus EU-Forschungsrahmenprogrammen

* Statistik Austria, Globalschätzung vom 21.4.2023

Erziehung zu Weltbürger:innen: Große Aufgaben in Zeiten von Klimawandel und ChatGPT

Von Sebastian Schütze

Die Universität Wien ist die älteste im deutschsprachigen Raum und mit 86.000 Studierenden nach der Sapienza in Rom die größte universitäre Bildungseinrichtung Europas. Welche Herausforderungen bedeutet das, was zeichnet die Universität besonders aus und wie lässt sich ihr spezifisches Profil strategisch weiterentwickeln? Wir sind eine international renommierte Forschungsuniversität, deren Erfolge sich in steigenden Universitätsrankings, aber vor allem darin spiegeln, dass unsere Forscher:innen inzwischen weit über hundert ERC-Grants eingeworben haben und nun an allen fünf Exzellenzclustern des FWF beteiligt sind. Das ist in Österreich wie im europäischen Kontext ein besonderer Qualitätsausweis und das Ergebnis strategischer Investitionen in die Forschung, durch hochkarätige internationale Berufungen und gezielte Förderung von Nachwuchswissenschaftler:innen, insbesondere durch die neuen Doctoral Schools und ein sehr ambitioniertes Tenure-Track-Programm. Um die internationale Vernetzung und Sichtbarkeit der Universität Wien weiter auszubauen, gehört zu den vordringlichen Zielen des neuen Rektorats die Gründung eines Center for Advanced Study, das – so hoffen wir – auch für den Wissenschaftsstandort Wien und Österreich insgesamt große Strahlkraft entfalten wird.

Die Universität Wien ist nicht nur eine exzellente Forschungsuniversität, wir leisten auch als Bildungseinrichtung einen umfassenden gesellschaftlichen Beitrag, exemplarisch etwa durch die Ausbildung von aktuell fast 10.000 Lehrer:innen in fast allen Fachrichtungen. Die Aufgaben in Forschung und Lehre treten aufgrund der hohen Studierendenzahlen durchaus in Konkurrenz zueinander, nicht zuletzt in budgetärer Hinsicht. Aus der Perspektive amerikanischer Eliteuniversitäten stehen beide Aufgaben geradezu im Widerspruch. Tatsächlich gilt es, diese doppelte Identität als Forschungs-

universität und größte Ausbildungsstätte des Landes produktiv zusammenzudenken und als ausgesprochenes Qualitätsmerkmal eines, man könnte sagen, europäischen Hochschulmodells zu verstehen. Ein inklusives Modell, das exzellente Forschung mit freiem Hochschulzugang verbindet und damit sehr vielen Studierenden die Möglichkeit bietet, sich durch eine universitäre Ausbildung persönlich zu entwickeln, berufliche Chancen zu nutzen und gleichzeitig ihren Beitrag für die Gesellschaft wie den Wirtschaftsstandort Österreich zu leisten. Und wie unmittelbar der Zusammenhang zwischen individuellen Chancen und gesellschaftlichem Nutzen ist, hat die jüngste, von der uniko in Auftrag gegebene Wertschöpfungsstudie noch einmal eindrücklich unterstrichen.

Das Zusammendenken von vermeintlich Gegensätzlichem bietet in allen Bereichen der Universität Herausforderungen und Chancen zugleich. Die Universität Wien zeichnet sich durch einen breiten Fächerkanon aus, der Naturwissenschaften genauso wie Geistes- und Sozialwissenschaften umfasst und sich durch Exzellenz und Vielfalt auch im europäischen Kontext auszeichnet. Innovation findet heute meist an Schnittstellen statt, auch an Schnittstellen zwischen traditionell entfernt liegenden Feldern. Alle großen Zukunftsthemen sind von enormer Komplexität, Lösungen werden sich nur aus einer multidisziplinären Perspektive erarbeiten lassen. Fachspezifische Kernkompetenzen bilden allerdings die Voraussetzung für eine produktive gemeinsame Arbeit. Das gilt für Klima und Umwelt, Digitalisierung und Gesundheit, Migration und Demokratieverständnis gleichermaßen. Exzellente Grundlagenforschung eröffnet zugleich Potenziale für angewandte Forschung im weitesten Sinn, für Kooperationen mit Industrie und Wirtschaft, aber auch mit öffentlichen Institutionen, mit Ministerien, Museen und Gedenkstätten.

In der Lehre gilt es, Bildung und Ausbildung zu verbinden. Es ist wohl kein Zufall, dass gerade in den letzten Jahren wieder viel über humboldtsche Ideale diskutiert wird. Spezialisierte, praxisorientierte Ausbildung und die Möglichkeit für unsere Absolvent:innen, ihren Bildungshorizont zu erweitern, gehören unmittelbar zusammen. Gerade in Zeiten von wachsendem Populismus und Wissenschaftsskepsis sollten Universitäten auch fundamentale Werte gesellschaftlichen Zusammenlebens vermitteln: Geschichtsbewusstsein, Demokratie und Menschenrechte, Verantwortung, Respekt, liberale Diskussionskultur und Weltoffenheit. Für Humboldt war das höchste Ziel der universitären Ausbildung die Erziehung zum Weltbürger: „Erziehung zum Weltbürger heißt, sich mit den großen Menschheitsfragen auseinanderzusetzen, sich um Frieden, Gerechtigkeit, um den Austausch der Kulturen, andere Geschlechterverhältnisse oder eine andere Beziehung zur Natur zu bemühen.“ Diese großen Menschheitsfragen sind in unserer Gegenwart noch immer von drängender Aktualität, ohne dass es hier einer großen Übersetzungsleistung bedürfte: Frieden und Gerechtigkeit, die Herausforderungen multikultureller Gesellschaften, die Gleichstellung der Geschlechter und natürlich die großen Themen Umwelt und Klima. In der

Lehre gilt es zudem, die Qualitäten der Präsenzuniversität produktiv durch digitale Vermittlungsangebote zu erweitern. Nach Jahren pandemiebedingter Einschränkungen muss sich die Universität wieder als sozialer Raum positionieren, als Raum intensiven Austauschs zwischen Lehrenden und Lernenden wie zwischen Studierenden, während gleichzeitig mit ChatGPT die künstliche Intelligenz nun mitten in der Gesellschaft angekommen ist und unser Bildungssystem vor ganz neue Herausforderungen stellt.

Ich bin überzeugt, dass die Universität Wien ihre Qualitäten dann am besten entwickeln und ihren gesellschaftlichen Auftrag am umfassendsten erfüllen kann, wenn wir die genannten Aspekte produktiv zusammendenken: exzellente Forschung und offenes Bildungssystem, Grundlagenforschung und angewandte Forschung, Bildung und Ausbildung, Platonische Akademie und Lehre im digitalen Zeitalter. In Zeiten wie diesen, in denen Herausforderungen globaler Natur, wie Klimakrise und KI, Pandemie, Inflation und der furchtbare Krieg mitten in Europa, große Verunsicherung stiften, kommt Universitäten umso mehr die Verantwortung zu, Erklärungsmodelle und Lösungen zu liefern, aber auch Stabilität und Orientierung für die Gesellschaft und insbesondere für die nächste Generation. •



• Sebastian Schütze
Rektor der Universität Wien (seit Oktober 2022) und Mitglied des uniko-Präsidiums

Evidenzbasierte Politikberatung und Wissenschaftskommunikation: Anspruch und Realität

Von Christoph M. Schmidt¹

¹ Am 1. Februar 2023 nahm Christoph M. Schmidt an der Podiumsdiskussion „Fakt und Faszination. Neue Herausforderungen für die Wissenschaftskommunikation“ im Rahmen des Joint Academy Day von ÖAW und Leopoldina teil.

Neben Forschung und Lehre ist die Beratung der Politik und die Information der Öffentlichkeit mittlerweile als eine der zentralen Aufgaben von Wissenschaftler:innen anerkannt. Nationale Sachverständigenräte, wie derjenige zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und wissenschaftliche Beiräte von Ministerien, Institute der Leibniz-Gemeinschaft und wissenschaftliche Akademien stehen dabei gleichermaßen in der Verantwortung. Nach ihrer Vorgehensweise befragt würden sie mittlerweile wohl allesamt antworten, dass sie dem Paradigma der evidenzbasierten Politikberatung folgen. Und zweifellos basiert die überwiegende Zahl ihrer Analysen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen in der Tat auf Daten und den ihrer Gestalt entsprechenden empirischen Methoden.

Aber das allein rechtfertigt nicht den Anspruch, eine wahrhaft evidenzbasierte Politikberatung anbieten zu können. Denn diese erschöpft sich nicht in der freimütigen Nutzung von Daten und der Produktion quantitativer Ergebnisse. Es geht dabei vielmehr (i) um die grundsätzliche Frage, was man überhaupt erkennen kann, wenn die zur Verfügung stehenden Informationen begrenzt sind – und wann sind sie das nicht? –, sowie (ii) um die methodische Kompetenz, ein auf die jeweilige Fragestellung zugeschnittenes Studiendesign zu entwickeln, das in einer geeigneten Verknüpfung von Annahmen und Daten Antworten auf konkrete Forschungsfragen geben kann, und nicht zuletzt (iii) um die Bereitschaft, die Grenzen der Erkenntnis und mögliche Fehlerquellen zusammen mit den empirischen Ergebnissen offen darzulegen.

Dieser Anspruch an die wissenschaftsbasierte Politikberatung findet sein Gegenstück im Rahmen der Wissenschaftskommunikation in deren handlungsleitendem Prinzip „so einfach wie möglich, aber so komplex wie

nötig“ sowie in einer Optionen- statt einer (Moses kommt mit seinen Tafeln vom Berg und lässt keine Zweifel zu-)Empfehlungslogik. Aber die Umsetzung ist herausfordernd, denn (i) Komplexitätsreduktion ist ein schwieriges Unterfangen, gerade weil Wissenschaftler:innen sich eigentlich der Präzision und Vollständigkeit verpflichtet fühlen, und (ii) der auf sie ausgeübte Druck aus Politik und Öffentlichkeit kann sehr hoch sein, übermäßig zu verdichten. Wer die Aufmerksamkeit der Medien oder der politischen Entscheidungsträger sucht oder Angst um seine Fördergelder hat, kann versucht sein, diesem Druck nachzugeben.

Schließlich kann (iii) eine stark verdichtete Darstellung vergessen lassen, dass die Wissenschaft grundsätzlich inhärent unsicher und permanent vorläufig ist. Der Öffentlichkeit ist offenbar schwer zu vermitteln, dass Wissenschaft zugleich unverzichtbar ist und dennoch nicht unfehlbar sein kann oder muss: Dem Ruf „Follow the Science“ mag man zustimmen, solange er darauf abzielt, kluges menschliches Handeln als eine Abfolge von informiertem Versuch, Irrtum und Lernprozess zu charakterisieren. Wird er jedoch als Motto eines vermeintlich eindeutig aus wissenschaftlichen Einsichten abgeleiteten Handelns verstanden, verkehrt er sich ins Absurde. Glücklicherweise gibt es Initiativen wie die „Unstatistik des Monats“, um diesem

› *Die Wissenschaft ist in der Pflicht, Wissen verständlich und für heterogene und zum Teil wissensferne Zielgruppen verständlich zu vermitteln und dabei ihre Empfänger:innen zu befähigen, im Angesicht bislang ungelöster Probleme Mut zu schöpfen, aber zugleich die Grenzen der Erkenntnis aufzuzeigen.* ‹

wissenschaftlichen Analphabetismus entgegenzuwirken.

Aber auch beim Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in politisches Handeln geht es oftmals um nichts weniger als um triviale menschliche Abgründe. Es geht eben keineswegs allein um den reinen Wettstreit von Studiendesigns oder unterschiedlichen Argumenten. Vielmehr (i) verfolgen Wissenschaftler:innen bisweilen Außenseiterpositionen als persönliches Geschäftsmodell, oder ihre an sich ausgewogene Darstellung wird medial ohne Rücksicht auf Differenziertheit übermäßig zugespitzt. Zudem – horribile dictu – haben (ii) auch Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsjournalist:innen eigene wirtschaftliche, politische oder ideologische Interessen und missbrauchen – bewusst oder unbewusst – bisweilen ihre Rolle als Gatekeeper des Wissens, gerade in emotional aufgeladenen Krisensituationen.

Schließlich sind (iii) auch Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsjournalist:innen im Angesicht öffentlich anerkannter Erfolge nicht immun gegenüber einer wachsenden Selbstüberschätzung – auch oder gerade Diven können irren. Gegen diese Probleme kann man sich nicht versichern, etwa durch H-Indizes o. Ä., denn jede Bewertungsmetrik von Forschungsleistung wird nur imperfekt mit der Qualität der Beratung korrelieren. Es helfen stattdessen nur offener Wettbewerb in

einem von vielfältigen Perspektiven geprägten Diskurs – anders als in der Corona-Krise – und vor allem die Bewertungskompetenz der Rezipient:innen – sowohl der Produkte der Wissenschaft als auch des Wissenschaftsjournalismus. Aufklärung über die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft ist demnach ein aktives „Empowerment“.

Die Wissenschaft ist in der Pflicht, Wissen verständlich und für heterogene und zum Teil wissensferne Zielgruppen verständlich zu vermitteln und dabei ihre Empfänger:innen zu befähigen, im Angesicht bislang ungelöster Probleme Mut zu schöpfen, aber zugleich die Grenzen der Erkenntnis aufzuzeigen. Die Politik wiederum muss ihre Entscheidungen nachvollziehbar begründen und souverän genug sein, die verbleibende Unsicherheit über deren Wirksamkeit offenzulegen. Und die Gesellschaft muss kontroverse Positionen über Sachzusammenhänge aushalten und bereit dazu sein, sich gerade solchen Entscheidungsträger:innen anzuvertrauen, die offen zugeben, dass die Wirkmächtigkeit ihres Handelns begrenzt ist. •



• Christoph M. Schmidt
Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie, Ruhr-Universität Bochum; Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

#wissenschaftsvertrauen

Positionen der uniko zum Diskurs über Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie

Im Rahmen ihrer Third-Mission-Projekte engagieren sich die österreichischen Universitäten bereits seit vielen Jahren im Bereich der Wissenschaftskommunikation und -vermittlung. Die Angebote für unterschiedlichste Zielgruppen reichen von der Kinderuni und der Langen Nacht der Forschung über naturwissenschaftliche Labore, künstlerische Austauschplattformen und klassische Diskussionsveranstaltungen bis hin zu populärwissenschaftlichen Publikationen, Podcasts und Social-Media-Plattformen. Die uniko selbst hat mit *Schrödingers Katze* bereits 2014 einen Wissenschaftsblog etabliert, um die alltägliche Relevanz universitärer Forschung aufzuzeigen und das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken.

Eine Bestandsaufnahme, Bündelung und bessere Koordination dieser Initiativen ist zweifelsohne ein wichtiger Schritt. Die uniko begrüßt daher die vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene und vom IHS durchgeführte Ursachenstudie sowie das ÖAW-Wissenschaftsbarometer grundsätzlich, plädiert in einem im März 2023 veröffentlichten Positionspapier aber für eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit den Themen „Wissenschaftsskepsis“ und „Vertrauen in die Wissenschaft und Demokratie“. Zudem setzt sich die uniko für eine dauerhafte, breit aufgestellte wissenschaftsbasierte Politikberatung sowie die Förderung von Wissenschaftsjournalismus ein.

Aktuell manifestiert sich „Wissenschaftsskepsis“ allerdings weniger in einem Wissensdefizit als in einem Handlungsdefizit: Wie das Beispiel Klimakrise zeigt, liegt es weder an mangelnder Bereitstellung von wissenschaftlicher Evidenz noch an unzureichender Kommunikation, sondern an Politiker:innen, die den gemeinsamen Boden außer Streit gestellter wissenschaftlicher Erkenntnis verlassen und nicht bereit sind, dieser folgend Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

#wissenschaftsvertrauen: Grundvoraussetzungen

- Freiheit der Wissenschaft und Autonomie der Universitäten
- Bekenntnis der Politik zur Relevanz wissenschaftlicher Forschung
- Starker und unabhängiger Qualitätsjournalismus
- Offenlegung wissenschaftlicher Forschungsdaten, -prozesse und -ergebnisse
- Hohe wissenschaftliche und ethische Standards
- Solide Finanzierung und langfristige Planungsperspektiven für Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen

#wissenschaftsvertrauen: Forderungen der uniko

- Verstetigte und institutionalisierte wissenschaftliche Beratung in der Breite aller wissenschaftlichen Disziplinen für politische Entscheidungsträger:innen, das Parlament und den für Gesetzesvorlagen zuständigen Beamtenapparat
- Wissenschaftsberichterstattung als ein Kriterium der Medienförderung
- Errichtung eines Science Media Centers in Österreich nach internationalem Vorbild
- Bei der Entwicklung weiterer Formate zur Wissenschaftskommunikation: Aufbau auf den vielfältigen Projekten und Initiativen zur Wissenschaftsvermittlung an Österreichs Universitäten, Nutzung der an Universitäten vorhandenen Expertise, Vermeidung von Parallelstrukturen •

Das gesamte Positionspapier zum Nachlesen:
<https://uniko.ac.at/positionen/chronologie/>

Effekte von Universitäten auf Wirtschaft und Gesellschaft

Von Jürgen Janger

Bildung ist in jederlei Hinsicht ein Gewinn – individuell, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Das belegt einmal mehr die von der uniko zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) in Auftrag gegebene Studie „Wirtschaftliche Effekte von Universitäten“. Bei der vom WIFO durchgeführten Erhebung handelt es sich um eine Aktualisierung einer Studie aus dem Jahr 2017, die erstmals bestätigt hat, dass Universitäten mehr Steuergeld einbringen, als sie kosten.

In hoch entwickelten Volkswirtschaften ist Wissen der wichtigste Produktionsfaktor, der Wettbewerbsfähigkeit erhält und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beiträgt. Universitäten produzieren nicht nur neues Wissen, sie vermitteln auch bestehendes und die Fähigkeit, sich selbstständig neues anzueignen. Damit zählen sie zu den wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pfeilern eines fortgeschrittenen Landes wie Österreich. Dies lässt sich konkret durch viele Zahlen messen:

Gesellschaftliche Effekte

Gesellschaftliche Effekte umfassen z. B. erhöhtes Gesundheitsbewusstsein oder technologische Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. So haben universitäre Forscher:innen seit 2004 etwa 80 Patente in Umwelttechnologiefeldern angemeldet. Mechanismen, wie Universitäten direkt gesellschaftliche Wirkung entfalten können, beinhalten Wissenstransfer, Weiterbildung, Wissenschaftskommunikation, direkte Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. Diskussionsveranstaltungen, Unterstützung sozial oder anderweitig benachteiligter Gruppen sowie die Ausstrahlung universitärer Gebäude und Aktivitäten auf nationale Identität und Landesimage.

Arbeitsmarktpformance und staatliche finanzielle Erträge aus Hochschulbildung

Während die Erwerbstätigenquote von Hochschulabsolvent:innen deutlich über dem Durchschnitt Österreichs liegt (2021 um 14 Prozentpunkte), liegt die Arbeitslosenquote um fast ein Drittel darunter. Hochschulabsolvent:innen werden insgesamt wichtiger für die Wirtschaft, ihr Anteil an der Gesamterwerbstätigkeit ist seit 2004 um fast 10 Prozentpunkte auf 22 Prozenz gestiegen. Die Einkommensvorteile von Hochschulabsolvent:innen führen gemeinsam mit einer progressiven Einkommensbesteuerung zu höheren Steuereinnahmen. Im Verbund mit niedrigeren Staatsausgaben (z. B. für Arbeitslosigkeit) ergeben sich finanzielle Nettoerträge für den Staat, 2018 von 5 (Frauen) bis 7,3 Prozent (Männer), weit über dem Ertrag sicherer Bundesanleihen als Anlage-Benchmark. Investitionen in Hochschulbildung rentieren sich demnach für den Staat.

Rolle für Innovationsaktivitäten

Österreich ist in den EU-Top-3 beim Anteil der Unternehmen, die mit Hochschulen kooperieren. 49 Prozent (EU-28: 33 Prozent) der Großunternehmen kooperieren mit Hoch-

› Insgesamt erbringen öffentliche Investitionen in Universitäten schon innerhalb relativ kurzfristiger Zeiträume von etwa 3–5 Jahren positive Erträge für den Staat, die langfristig noch größer werden. ‹

schulen, 27 Prozent der KMU (EU-28: 16 Prozent). 81 Prozent der Unternehmen, die mit Hochschulen kooperieren, haben Marktneuheiten eingeführt, das sind Innovationen mit hohem Neuigkeitsgrad („radikal“). Universitäre Patente sind technologisch bedeutsamer als Unternehmenspatente, je nach verwendetem Indikator um 3 bis 68 Prozent. Branchen mit einem hohen Anteil von Hochschulabsolvent:innen haben ihren Anteil an der Wertschöpfung der österreichischen Wirtschaft von 2008 bis 2019 um 4,2 Prozentpunkte erhöht. Internationale und österreichische Studien stimmen überein, dass universitäre Leistungen einer der wichtigsten Faktoren bei Standortentscheidungen forschungsaktiver Konzerne sind. Universitäten wirken deshalb potenziell positiv auf die Ansiedlung von Unternehmen, auf das Wachstum wissensintensiver Branchen und auf die Radikalität von Innovation, allesamt Problembereiche des österreichischen Innovationssystems. Sie sind damit zentral für das Ziel der österreichischen Bundesregierung, zu einem führenden europäischen Innovationsland („Innovation Leader“) zu werden.

Wirtschaftliche Effekte

Mit den Umsatzerlösen der Universitäten von 4,5 Mrd. Euro im Jahr 2020 – davon 78 Prozent oder 3,5 Mrd. Euro über Bundesmittel finanziert – sind Wertschöpfungseffekte im Ausmaß von 7 Mrd. Euro sowie Steuern und Abgaben von 3,5 Mrd. Euro verbunden, die kurz- bis mittelfristig eintreten. Nach unterschiedlichen Berechnungsmethoden tragen universitäre Forschung und Lehre zu ca. 10 Prozent des jährlichen Wachstums des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) bei. Auf regionaler Ebene ist mit der Ausweitung des Anteils der Universitäts- an der Gesamtbeschäftigung um 0,1 Prozentpunkte

langfristig ein Anstieg der Arbeitsproduktivität von 0,6–0,9 Prozent verbunden.

Insgesamt erbringen öffentliche Investitionen in Universitäten schon innerhalb relativ kurzfristiger Zeiträume von etwa 3–5 Jahren positive Erträge für den Staat, die langfristig noch größer werden. Budgetausgaben des Staates für Universitäten werden somit durch ein höheres Steuer- und Abgabenaufkommen sowie geringere Staatsausgaben deutlich überkompensiert („Universitäten rechnen sich von selbst“).

Noch höher könnten private und öffentliche Erträge sein, wenn Frauen gleich wie Männer bezahlt werden und sie weniger Arbeitszeit durch Betreuungspflichten verlieren würden, etwa durch den Ausbau qualitativ hochwertiger Kindergärten und Ganztageschulen, aber auch von Pflegedienstleistungen. Die Kosten sollten mit den hohen Erträgen gegengerechnet werden, die der Staat aus der verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen generiert, insbesondere angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels im Zuge des demografischen Wandels. •



• Jürgen Janger
Senior Economist und stellvertretender Direktor für Forschung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)



WIFO-Studie: Wirtschaftliche Effekte von Universitäten

Autor:innen: Elisabeth Arnold, Kathrin Hofmann, Jürgen Janger, Tim Slickers, Gerhard Streicher
Im Auftrag von: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Österreichische Universitätenkonferenz
Präsentation: 27. September 2022

www.wifo.ac.at/news/wirtschaftliche_effekte_von_universitaeten

De vita activa

Von Oliver Vitouch

Ein Gespenst geht um in Österreichs Universitätswesen – das Gespenst der Prüfungs*in*aktivität, kurz PINA. Das hiesige universitäre Studienrecht ermöglicht es, zu inskribieren, ohne (positive) Prüfungen abzulegen, auch eine lange Zeit hindurch. Von dieser Möglichkeit wird umfangreich Gebrauch gemacht. Im Studienjahr 2021/22 lag die mittlere Prüfungsaktivität bei lediglich 61 Prozent, wobei die Spanne von Universität Wien (51 Prozent) bis Mozarteum Salzburg (93 Prozent) breit und gut erklärlich ist. Ein Studium gilt als prüfungsaktiv, wenn in einem Studienjahr mindestens 16 ECTS-Credits positiv absolviert werden; das entspricht z. B. zwei zweistündigen Veranstaltungen pro Semester.

Die Gründe für hohe PINA sind im internationalen Vergleich leicht erklärt. Entscheidende Faktoren sind (1) Auswahlverfahren, (2) Studiengebühren und (3) Eigenschaften des Prüfungsrechts. Beispielsweise liegt (1) die Prüfungsaktivität an den sechs Kunstunis, den vier MedUnis oder im Psychologiestudium bei 85 bis 93 Prozent – ein Effekt der Auswahlverfahren. Auch (2) Studiengebühren bewirken, mit deren Höhe ansteigend, dass kaum jemand ein Studium belegen und bezahlen wird, ohne es ernsthaft zu betreiben. Schließlich sind (3) definierte Prüfungszeitpunkte und begrenzte Wiederholungs-

möglichkeiten ein wirksamer Faktor; ein gutes Beispiel ist die ETH Zürich. In der Regel ist *einer* dieser drei Faktoren ausreichend. Verfügt ein Studium über keinen davon, dann hat das hohe PINA zur Folge.

Trotz dieser offenkundigen Zusammenhänge bestand der Wunsch, das Phänomen PINA noch besser zu verstehen. Daher beauftragten BMBWF und uniko das IHS mit einer Studie (Thaler et al.), die im Herbst 2022 präsentiert und medial diskutiert wurde. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass PINA viele Gesichter hat. Es beginnt bei der gar nicht vorhandenen Absicht, ein Studium aktiv zu betreiben oder Prüfungen abzulegen, und reicht über Mehrfachstudien (nur eines wird aktiv betrieben) bis zu studienerschwerenden Gründen seitens der Studierenden (Erwerbstätigkeit, Betreuungspflichten, psychische Probleme) und der Universitäten (Studienbedingungen). Zuvorderst wäre also der in Studienrecht und Finanzierung gegossene *Auftrag* der öffentlichen Universitäten zu klären. Aufträge à la „Die Breite an der Spitze muss dichter werden“ (Berti Vogts) sind unerfüllbar, überbreite Aufträge sind mit maximaler Effizienz und Spitzenplätzen in internationalen Rankings unvereinbar: *You can’t have it both ways*. Die Frage nach PINA ist daher „auch eine politische Frage der Ziel- und Prioritäten-

setzung: Stehen hohe Studienabschlussquoten, kurze Studiendauern und ein hoher Anteil (sehr) aktiver Studierender oder eine breitere Teilhabe [...] an oberster Stelle?“ (Thaler et al., S. 150).

Wissenschaftliche Exzellenz versus Bildung als Hobby

Was also ist der zeitgemäße Auftrag an die Universitäten: Spitzenleistungen in Forschung und Lehre und hohe Effizienz oder zugleich auch wesentliche Beiträge zur Stillung des „kleinen Bildungshungers“ (*multiversity* der verschiedenen Geschwindigkeiten), *chacun à son goût*? Die Frage ähnelt jener nach dem Verhältnis von Spitzensport und Breitensport oder nach dem Virtuosentum: An den Kunstuniversitäten käme niemand auf die Idee, jemanden zuzulassen, der lediglich ein bisschen Gitarrenspiel probieren möchte. Lassen Sie mich daher mit einem Gleichnis antworten: Seit 2010 bin ich, spät berufen, in einem Ruderclub aktiv. Es ist durchaus ersprießlich, mit den Spitzensportler:innen in einem gemeinsamen Verein zu sein, allerdings genießt der Spitzensport unbedingten Vorrang. Wir Breitensportler:innen fahren durchaus auch Regatten, sogar in der „Königsklasse“ Riemenachter (8+), aber wir werden

niemals eine Regatta gewinnen. Der Nachbarclub aber hat ein Problem: Er setzt sich, so meine Terminologie, aus rudern den Mitgliedern (r. M.) und badenden Mitgliedern (b. M.) zusammen, und Letztere sind Legion. Nach meinem Dafürhalten sollten *alle* Mitglieder eines Ruderclubs auch rudern, zumindest ein bisschen. Sonst ist es nämlich kein Ruderclub mehr.

Insgesamt ist das österreichische Studienrecht nach wie vor von sehr hoher Liberalität geprägt, und die Politik bekommt, was sie bestellt hat und was sie *ermöglicht* – sie ist sich aber oft nicht bewusst, was sie bestellt hat, und staunt dann über die Speisenfolge. Durch die neu eingeführte *Mindeststudienleistung* (§ 59a UG), deren Dosis indes bis zur Unkenntlichkeit entstellt bzw. verdünnt wurde (man könnte von einem homöopathischen Ansatz sprechen), wurde ein neues, strukturierendes Kapitel aufgeschlagen. Aus verhaltenswissenschaftlicher Sicht kommt hinzu, dass maximale Freiheit im Studierverhalten leider allzu oft eine suggestive Einladung zum Scheitern ist; die viel beschworene „Vereinbarkeit“ ist keine einfache Übung. Tatsächlich sind die universitären Möglichkeiten, PINA wirksam zu beeinflussen, nachweislich begrenzt: Gestalterisch gefordert ist die Gesetzgeberin. Europäische *Best Practices* gibt es zur Genüge. •

IHS-Studie: Prüfungsinaktivität in Bachelor- und Diplomstudien an Universitäten

Autor:innen: Bianca Thaler, Nina Schubert, Andrea Kulhanek, Nora Haag, Martin Unger
Im Auftrag von: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Österreichische Universitätenkonferenz, Universität Graz
Präsentation: 17. Oktober 2022

www.ihs.ac.at/de/ueber-uns/pr/news/detail/aktuelle-ihs-studie-zu-pruefungsinaktivitaet/



• Oliver Vitouch
Rektor der Universität Klagenfurt
und uniko-Vizepräsident

Universitäten als Arbeitgeberinnen

Von Michael Lang

¹ WIFO-Studie: Wirtschaftliche Effekte von Universitäten. Aktualisierung 2022.

An den österreichischen Universitäten sind aktuell mehr als 64.000 Personen beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von 1,4 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich im Jahr 2022. Damit zählen die Universitäten – je nach Standort – nicht nur zu den größten Arbeitgeberinnen der Region, sondern sie sind auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Wie in der jüngsten WIFO-Studie¹ im Auftrag von uniko und BMBWF nachzulesen ist, lässt sich die Wertschöpfung österreichischer Universitäten, die 2020 rund 3,3 Mrd. Euro betrug, größtenteils auf den Faktor Arbeit zurückführen – entfallen doch 92 Prozent der Gesamtsumme auf Lohnkosten und Sozialversicherungsbeiträge. Darüber hinaus sind die Universitäten ein entscheidender Standortfaktor: Die an den Universitäten erbrachten Forschungsergebnisse sorgen für hochwertige Jobs und für die Entstehung gänzlich neuer Branchen mit enorm hohem Innovationspotenzial: „Internationale und österreichische Studien stimmen überein, dass universitäre Leistungen einer der wichtigsten Faktoren bei der Standortentscheidung forschungsaktiver Konzerne sind“, so das Ergebnis der 2022 präsentierten Studie (Details siehe Seite 27).

Während das wissenschaftliche und künstlerische Personal mit knapp 45.000 Personen rund 70 Prozent der Beschäftigten ausmacht, wird oft vergessen, dass an den Universitäten auch ca. 20.000 Personen in der Verwaltung, im Universitätsmanagement, im

technischen Support oder Gebäudemanagement bzw. im Gesundheits- und Sozialbereich beschäftigt sind. Mit ihrer tagtäglichen Arbeit, die häufig im Verborgenen stattfindet, halten diese Mitarbeiter:innen aus den unterschiedlichsten beruflichen Sparten den Universitätsbetrieb am Laufen und ermöglichen Forschung wie Lehre überhaupt erst. Ihr Wirkungsbereich reicht von der Bibliothek über die technische Werkstatt bis hin zum botanischen Garten oder Tierspital. Zudem werden an Österreichs Universitäten derzeit 251 Lehrlinge ausgebildet.

Attraktives Arbeitsumfeld

Was den Reiz ausmacht, an einer Universität zu arbeiten, hat der Wissenschaftsblog *Schrödingers Katze* im Zuge der Reihe „Unikate – Arbeiten für die Wissenschaft“ vor einiger Zeit erfragt und Porträts von Mitarbeiter:innen in unterschiedlichsten Einsatzfeldern veröffentlicht – vom Feinmechaniker über den Sicherheitsbeauftragten bis hin zur Gärtnerin. Neben der abwechslungsreichen und selbstverantwortlichen Tätigkeit ist es vor allem das angenehme Arbeitsklima, das sich durch Internationalität, Offenheit, Inklusion und Familienfreundlichkeit auszeichnet. Ein weiterer Pluspunkt ist das hohe Innovationspotenzial an Universitäten und die Möglichkeit, technische Neuheiten und jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse, die nirgendwo

› Die an den Universitäten erbrachten Forschungsergebnisse sorgen für hochwertige Jobs und für die Entstehung gänzlich neuer Branchen mit enorm hohem Innovationspotenzial. ‹

sonst im Einsatz sind, zu erproben und als Erste anzuwenden. Darüber hinaus bieten Universitäten als Pionierinnen einer nachhaltigen Entwicklung moderne und energieeffiziente Infrastruktur kombiniert mit umweltbewussten Technologien und Anreizsystemen – Stichwort Green Campus. Zudem können Mitarbeiter:innen die zahlreichen Weiterbildungs- sowie Gesundheits- und Präventionsangebote nutzen und sich somit beruflich und persönlich kontinuierlich weiterentwickeln.

Um eine bessere Vernetzung und einen Austausch von Best-Practice-Beispielen innerhalb der 22 Universitäten voranzutreiben, hat das Forum Personal einen internen Dialogprozess gestartet, der sicherstellen soll, dass die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten – besonders in Zeiten des Fachkräftemangels – sichtbar gemacht wird und die Attraktivität der Universitäten als moderne und innovative Arbeitgeberinnen auch in Zukunft gewährleistet bleibt.

§ 109 und die Frage der Generationengerechtigkeit

Im Bereich des wissenschaftlichen Personals ist es für die Universitäten als Arbeitgeberinnen wichtig, dass klare Erwartungen vermittelt werden, welche wissenschaftliche Qualifikation auf einer ausgeschriebenen Stelle erworben werden kann und für welche Dauer das Beschäftigungsverhältnis angelegt

ist. Schon aus Gründen der Generationengerechtigkeit – jede wissenschaftliche Generation muss Zugang zum Wissenschaftsbetrieb haben – können Universitäten nicht nur unbefristete Arbeitsverträge anbieten. In Hinblick auf befristet beschäftigte Mitarbeiter:innen sehen sich die Universitäten in der Verantwortung, die weiteren Karrieren dieser Wissenschaftler:innen durch Personalentwicklungs- und Placementmaßnahmen zu unterstützen. Entscheidend ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unbefristeten und befristeten Positionen. Das Forum Personal ermöglicht den Austausch von Best Practice auf diesem Gebiet.

Forum Fremdenrecht

Eng abgestimmt mit dem Forum Personal sind die Aktivitäten des Forums Fremdenrecht: Hier geht es primär darum, die maßgebenden „Player“ aufseiten der Behörden und der Universitäten zusammenzubringen und das gegenseitige Verständnis zu fördern, Missverständnisse auszuräumen und Lösungen zu finden, um ausländischen Studierenden und Mitarbeiter:innen Studium und Tätigkeit an österreichischen Universitäten ohne bürokratische Hürden zu ermöglichen. Für die weitere Internationalisierung der österreichischen Universitäten ist dies von großer Bedeutung. •

Forum Personal



• Michael Lang
Vizekanzler für Forschung und Personal an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Vorsitzender des Forums Personal und des Dachverbands der Universitäten



• Doris Schöberl
Referentin des Dachverbands der Universitäten und des Forums Personal bei der uniko

Von Rekordinflation bis Teuerungswelle: Die Universitäten in Budgetnöten

Von Peter Riedler

Das Jahr 2022 war geprägt von dramatischen Kostensteigerungen bei Energie, Mieten und Personal, die die Budgets der Universitäten stark unter Druck gesetzt haben. Einsparungen waren notwendig und wurden an vielen Stellen umgesetzt. Zunehmend wurde jedoch klar, dass die im Herbst unter relativ geringen Inflationserwartungen vereinbarten Summen für die Leistungsvereinbarungen zu massiven Einschnitten bei Personal und Infrastruktur führen würden. Was vor einigen Jahren noch ein Vorteil war, nämlich für drei Jahre ein feststehendes Budget zu haben, hat sich für die aktuelle Leistungsvereinbarung als Nachteil herausgestellt.

Im Frühling hat die uniko eine Kostensteigerungsberechnung vorgelegt, die für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022–24 zusätzliche Kosten in der Höhe von 500 Mio. Euro festgestellt hat. Die Inflationsdynamik danach war allerdings genauso unbekannt wie unerwartet. Bis zum Herbst 2022 hatte sich der fehlende Betrag auf 1,2 Mrd. Euro erhöht. Der intensive Austausch mit dem BMBWF, wohl aber auch die besorgte Mobilisierung in Wien und Graz von Mitarbeiter:innen und Studierenden der Universitäten haben für die Planung des Jahres 2023 Entlastung in der Höhe von zusätzlichen 400 Mio. Euro gebracht.

Im November einigten sich BMBWF und uniko schließlich auf einen Kompensationsmechanismus, der die Absicherung der tatsächlich anfallenden Mehrkosten der gesamten Leistungsvereinbarungsperiode garantieren sollte, um Personalabbau und den Rückbau zentraler Leistungen zum Nachteil der Studierenden zu verhindern. Der laufende Betrieb der Universitäten im Jahr 2023 ist unter der Voraussetzung möglich, dass neben den bisher zugesagten Mitteln Sparmaßnahmen sowie Rücklagen der Universitäten zum Einsatz kommen. Nach Ablauf des ersten Quartals 2023 wurden weitere Gespräche vereinbart, um die jeweils aktuelle Situation sowie einen möglichen zusätzlichen Bedarf für 2024 zu evaluieren.

Die Erfahrung des Jahres 2022 werden wir für die kommenden Jahre und die anstehenden Budgetverhandlungen jedenfalls mitnehmen. Notwendig sein werden eine gute Abstimmung zwischen den Universitäten, ein permanenter und offener Austausch mit dem BMBWF, aber auch ein konsequentes Einstehe-

•

Forum Budget und Ressourcen

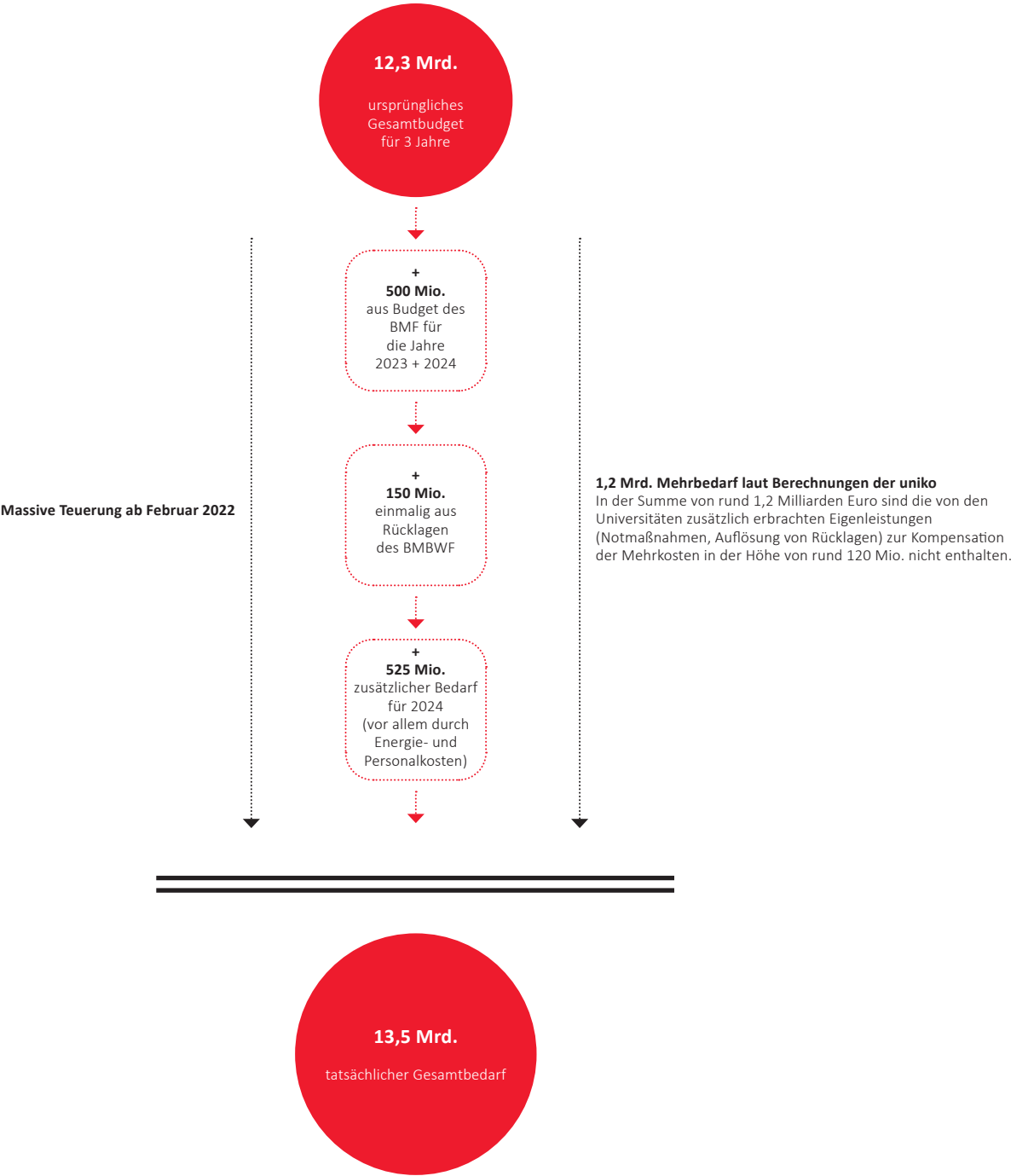


• Peter Riedler
Rektor der Universität Graz und
Vorsitzender des Forums Budget



• Clemens Unterberger
Referent für Budget, Infrastruktur
und Digitalisierung bei der uniko

Budget der Universitäten für die LV-Periode 2022-24 und tatsächlicher Mehrbedarf



Von Bernhard Fügenschuh und Cornelia Göls

Im Jahr 2022 haben das Forum Lehre jene Themen wesentlich bestimmt, die sich aus den 2021 verlautbarten Novellen des Universitätsgesetzes 2002 ergeben hatten. Monitoring der Studierbarkeit, ECTS-Gerechtigkeit, Digitalisierung und Bedeutung der Lehre im universitären Kontext standen daher im Mittelpunkt der Klausur des Forums im ersten Halbjahr 2022.

Für den Bereich Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind vor allem die Änderungen hinsichtlich der Validierung der von Studierenden bereits erworbenen Lernergebnisse relevant, womit modernen Bildungsbiografien Rechnung getragen wird. An den Universitäten sind hierzu neue Satzungsteile ausgearbeitet worden. Im Forum Lehre wurde zu diesen und entsprechenden darauf aufbauenden Richtlinien diskutiert. Außerdem fand ein Austausch mit Expertinnen der AQ Austria und des Europäischen RPL (Recognition of Prior Learning)-Netzwerkes statt. Der Nutzen des Netzwerkes besteht in der Entwicklung von qualitätsgesicherten Validierungsverfahren, die möglichst online und ressourcenschonend umgesetzt werden sollen.

Ein besonderer Blick ist auch auf die Ausbildung der Pädagog:innen zu werfen, die im Bildungssystem an früherer Stelle, nämlich an den Schulen, zum Einsatz kommen. Vehemente Kritik der uniko gibt es in diesem Bereich v. a. an der neuen Regelung zum Quereinsteiger:innenstudium Sekundarstufe Allgemeinbildung, die die Mitwirkung der Universitäten darin nicht mehr vorsieht und vom Forum Lehre daher abgelehnt wird. „Die Erfüllung der Qualitätskriterien, die für das Lehramtsstudium gelten, ist nur in Kooperation mit den Universitäten leistbar und kann von den Pädagogischen Hochschulen alleine nicht erfüllt werden.“¹

Das Schlagwort Quereinsteiger:innen ist 2022 auch in der medialen Berichterstattung oftmals aufgetaucht, da in diesen v. a. seitens des BMBWF eine Möglichkeit zur Abmilderung des Lehrer:innenmangels gesehen wird. In diesem Zusammenhang hat Bundesminister Polaschek angekündigt² auch die Pädagog:innenbildung neuerlich reformieren und das Studium von den 2013 eingeführten vier Jahren Bachelor- plus zwei Jahren Masterstudium auf ein Modell 3 + 2 verkürzen zu

¹ uniko Stn.
Februar 2022, S. 6

² derStandard.at,
18. November 2022

› Der derzeitige Mangel an Lehrer:innen hat vielfältige Gründe und benötigt kurzfristige und befristete Maßnahmen, aber auch langfristige Lösungen. ‹

wollen. Das Forum Lehre hat sich daher intensiv mit dem Thema der Pädagog:innenbildung auseinandergesetzt und wesentliche Punkte ausgearbeitet, die im Rahmen einer Verkürzung Berücksichtigung finden müssen:

- Absolvent:innen erhalten ihre Berufsbefähigung erst nach erfolgreichem Abschluss des Masterstudiums.
- Fächerbündel werden abgelehnt.
- Im Studium (BA und MA) realisierte schulische Praxisanteile sind ausschließlich curriculare Elemente und somit fachdidaktisch begleitet.
- Den Verbänden muss der für die Entwicklung eines originären Curriculums notwendige Gestaltungsfreiraum gegeben werden.
- Die Universitäten sind im Bereich Weiterbildung/Fortbildung gleichberechtigt mit den Pädagogischen Hochschulen mitzudenken.

Darüber hinaus ist das Forum Lehre zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt: Der derzeitige Mangel an Lehrer:innen hat vielfältige Gründe und benötigt kurzfristige und befristete Maßnahmen, aber auch langfristige Lösungen. Curriculare Änderungen wie die geplante Verkürzung auf fünf Jahre stellen jedenfalls keine kurzfristige Möglichkeit zur Behebung des Mangels an Lehrer:innen dar, da mit ersten Absolvent:innen erst in einigen Jahren zu rechnen wäre. Im Mittelpunkt einer curricularen Neugestaltung müssen die Ansprüche an Schule und Unterricht stehen, insbesondere die gesellschaftliche Partizipation aller Schüler:innen zu gewährleisten, auf Anforderungen unserer Zeit und der digitalen Transformation vorzubereiten und hochwertige Bildung für alle bereitzustellen, um damit die Möglichkeiten einer selbstbestimmten, kritischen, aber auch solidarischen Lebensgestaltung zu sichern. Die Universitäten wollen hierzu ihren bestmöglichen Beitrag leisten. •

Forum Lehre



• Bernhard Fügenschuh
Vize Rektor für Lehre und Studierende an der Universität Innsbruck und Vorsitzender des Forums Lehre



• Elisabeth Westphal
Referentin für Studium, Lehre und Hochschulbildung in Europa bei der uniko (bis Oktober 2022)



• Cornelia Göls
Referentin für Lehre und Gender & Diversity bei der uniko (seit Jänner 2023)

Diversität an der Universität –
Zur Umsetzung von Geschlechtervielfalt und Inklusion von Menschen mit Behinderung

Von Anna Steiger und Cornelia Göls

Im Jahr 2022 hat sich die Task Force Gender & Diversity in einer Arbeitsgruppe der Ausarbeitung von Empfehlungen zur Umsetzung von Geschlechtervielfalt an österreichischen Universitäten gewidmet – ausgehend vom Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs aus dem Juni 2018, in dem festgehalten ist, dass Art. 8 der EMRK „insbesondere Menschen mit alternativer Geschlechtsidentität vor einer fremdbestimmten Geschlechtszuweisung“ schützt. Der Gesetzgeber hat in Folge mit inter, divers, offen, keine Angabe neben weiblich und männlich zusätzliche Möglichkeiten des Geschlechtseintrages im Personenstandsregister geschaffen. Die Task Force sieht das Erkenntnis als Bestätigung der an den Universitäten bereits seit Jahren verfolgten Ansätze für breitere Anerkennung von Geschlechtervielfalt. Die Universitäten verfolgen hier ihre gesellschaftliche Vorreiterinnenrolle betreffend Demokratie und Menschenrechte, denn zu ihren Zielen zählt der Beitrag „zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen in einer sich wandelnden humanen und geschlechtergerechten Gesellschaft“ (§ 1 Abs. 1 UG 2002).

Die AG hat sich damit auseinandergesetzt, wie die Sichtbarkeit dieser Diversität sowie die Sicherung eines diskriminierungsfreien Studien- und Arbeitsumfelds an den

Universitäten noch verstärkt werden kann, und hat v. a. die Bereiche Recht, IT-Infrastruktur und Kommunikation als diesbezügliche Handlungsfelder identifiziert:

- Auf rechtlicher Ebene sind die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben zum Geschlechtseintrag umzusetzen.
- Das Ermöglichen von Wahlvornamen in der universitätsinternen Kommunikation – ohne Bezug zu behördlichen Verfahren und unter Berücksichtigung der technischen Umsetzbarkeit – betrachtet die Task Force als eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung von Personen, deren Geschlechtsidentität nicht mit ihrem Eintrag im Personenstandsregister übereinstimmt oder nicht durch ein binäres Geschlechtersystem abgebildet wird.
- Betreffend die Verwendung von Sprache und Bildern im universitären Alltag zeigt sich die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt im bewussten Einsatz geschlechterinklusive Kommunikation. Im Hinblick auf Sensibilisierung und Implementierung regt die Task Force an, Informationen in Form von Leitfäden, Anwendungsbeispielen und Weiterbildungen an den Universitäten zur Verfügung zu stellen.

In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Task Force den neuen Schwerpunkt Menschen mit Behinderung gesetzt. Zum Themenfeld Inklusion durch die Universitäten als Arbeitgeberinnen haben die Mitglieder Good-Practice-Beispiele an ihren Häusern präsentiert, z. B. durch mehrere Abteilungen rotierende Einarbeitungsprogramme oder begleitete Praktika, aus denen die Task Force folgende Erkenntnisse gewonnen hat:

- Eine Skalierbarkeit der Projekte i. S. eines Standardmodells wird nicht möglich sein, es geht um maßgeschneiderte Einzelfälle. Praktika vor längerfristigen Anstellungen erweisen sich als gute Möglichkeit bzw. Basis für eine Übernahme.
- Für die Wahrnehmung der Funktion von Mentor:innen sind geeignete und engagierte Personen notwendig, im Idealfall haben sich diese bereits zuvor stark mit dem Thema beschäftigt.
- Für das Kolleg:innen-Umfeld braucht es intensive Begleitung, Sensibilisierung, konkrete Schulungen, Schaffung von Akzeptanz und Commitment (über Abteilungsgrenzen hinweg).

- Die Zusammenarbeit mit Behindertenbeauftragten und Arbeitsmedizin läuft gut, benötigt aber weitere Kapazitäten bzw. Ressourcen.
- Um die Zielgruppe anzusprechen, ist es sinnvoll, Stellen explizit für Menschen mit Behinderung auszuschriften.

Vor dem Hintergrund des Rechnungshofberichts zu barrierefreiem Arbeiten und Studieren an Universitäten aus dem Juni 2022 und darin festgestellten Defiziten wird sich die Task Force auch in Zukunft verstärkt mit der Thematik auseinandersetzen und Überlegungen zu strukturellen Maßnahmen anstellen, um Barrieren für Bewerber:innen (als Studierende und Mitarbeitende) weiter abzubauen. •

Task Force Gender & Diversity



• Anna Steiger
Vizerektorin für Personal und Gender an der Technischen Universität Wien und Vorsitzende der Task Force Gender & Diversity



• Cornelia Göls
Referentin für Lehre und Gender & Diversity bei der uniko (seit Jänner 2023)

› Die Universitäten verfolgen hier ihre gesellschaftliche Vorreiterinnenrolle betreffend Demokratie und Menschenrechte. ‹

Digitale Strukturen und Services schaffen Mehrwerte für alle Universitäten

Von Claudia von der Linden, Ronald Maier und Clemens Unterberger

Das Jahr 2022 war im Forum Digitalisierung geprägt von einer konzentrierten Arbeit an den fünf im Vorjahr identifizierten Systemthemen. Insbesondere lag der Fokus auf zwei Bereichen, die seit Anfang an eine hohe Priorität hatten und weiterhin haben werden: Forschungsdatenmanagement (FDM) und *Shared Services*. Neben der kooperativen, operativen Ebene wurden aber auch wichtige strategische Weichenstellungen vorgenommen. So wurde die Digitalisierung erstmals im GUEP, dem Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplan, dezidiert bearbeitet.

Die Herausforderungen

Die Entwicklung und der Ausbau einer personellen, organisatorischen und technischen Infrastruktur für die professionelle Beratung und Begleitung der Forschenden entlang des gesamten Forschungsdatenlebenszyklus müssen auf eine geeignete Art und Weise unterstützt werden. Der Einsatz von *Shared Services* ist ein wesentlicher Schritt, um allen österreichischen Universitäten zügig die entsprechenden Strukturen und Services zur Verfügung stellen zu können. Diese Themen waren und bleiben im Fokus des Forums. Mit der digitalen Transformation entstehen neuartige Räume des Lehrens und Lernens. Beide Welten, die digitale wie die ortsgebundene, bieten unterschiedliche Mehrwerte. Bei Gestaltung und Nutzung muss darauf Bedacht genommen werden, dass sich diese Mehrwerte für die Universitätsangehörigen passend entfalten können. Die Gestaltung physischer und digitaler „neuer Lernwelten“ ist eine für die digitale Transformation charakteristische Querschnittsaufgabe. Eine weitere ist der Ausbau der dedizierten High Performance Computing-Infrastruktur (HPC), etwa dem Vienna Scientific Cluster (VSC) und dessen Erweiterung auf zusätzliche Standorte im Zuge des Projektes MUSICA (Multi-Site Computer Austria). Hier wird es wichtig sein, die

infrastrukturellen Voraussetzungen für den Zulauf und die Nachnutzung enormer Datenmengen zu schaffen – von datenproduzierenden Geräten über HPC-Infrastrukturen bis hin zu (Langzeit-)Archivierungssystemen. Die Digitalisierung administrativer universitärer Prozesse, insbesondere derer, die das Rückgrat der zentralen universitären Administration bilden (z. B. SAP 4/HANA), ist voranzutreiben. Das Forum Digitalisierung bringt den weiteren Ausbau von IT-Anwendungsentwicklungen mit Open-Source-Lösungen im Sinne eines österreichischen IT-Baukastensystems in den Fokus, um insbesondere den kleineren Universitäten Zugang zu hochschulspezifischen Lösungen für administrative Prozesse anbieten zu können. Bei all diesen Themen gibt es allerdings spezielle Herausforderungen zu lösen. Darunter fallen v. a. die Kostensteigerungen im Digitalisierungsbereich: Preise für Hardware, Softwarelizenzen und Dienstleistungen für die digitale Transformation sind insbesondere in der laufenden Leistungsvereinbarungsperiode deutlich über den Erwartungen gestiegen und daher sowohl bei den laufenden Diskussionen über einen finanziellen Mehrbedarf der Universitäten als auch bei künftigen Budgets zu berücksichtigen. Die Geschwindigkeit der digitalen Transformation hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit der dafür erforderlichen Ressourcen ab. Massive Lieferprobleme bei der Hardware, gepaart mit dem weiter vorherrschenden Fachkräftemangel gerade auch im IT-Bereich, bremsen zunehmend auch die Universitäten in ihren Digitalisierungsanstrengungen. Hier müssen die Universitäten finanziell in die Lage versetzt werden, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um durch entsprechende Gehalts-, Weiterbildungs- und Karrieremodelle sowie gezielte Investitionen Personal anzuwerben, zu entwickeln und zu halten. Darüber hinaus ist der Aufbau und die Entwicklung von *Shared Services* aufgrund von Ressourcenknappheit und Wirtschaftlichkeit ein wesentlicher und zwin-

Highlights des Jahres

- Forschungsdatenmanagement (FDM) und *Shared Services*: Vernetzung ist eine der wesentlichen Aufgaben des Forums Digitalisierung. Es konnten sich ausgewählte FDM-Projekte vorstellen und mögliche Kooperationen diskutiert werden. In mehreren Workshops wurden dem Thema Forschungsdatenmanagement und gemeinsamen *Shared Services* Raum gegeben und auf diesen Themengebieten universitätsübergreifende Projekte weiterentwickelt sowie neu angestoßen. Mehrere Initiativen zur Entwicklung von *Shared Services* wurden identifiziert und eingeladen, regelmäßig über die Fortschritte und etwaige Herausforderungen zu berichten. Vertreter:innen des Forums Digitalisierung bringen sich zudem aktiv im Rahmen der uniko-Arbeitsgruppe *Open Science Austria* und der österreichischen EOSC-Initiative nebst *Support Office* in die Gestaltung von *Open Science* in Österreich ein. Diese Bereiche spiegeln auch die Balance zwischen Kooperation und Wettbewerb wider, die für die digitale Transformation so wichtig ist. Das Schlagwort heißt „Co-opetition“!
- Vernetzung auf EU-Ebene: Vernetzung erfolgt jedoch nicht nur auf nationaler Ebene. Die beiden Vorsitzenden des Forums Digitalisierung bringen ihre Erfahrungen und Perspektiven zum Thema *Digital Transformation* auch in die *European University Association* (EUA) ein, wo aktuell u. a. auf Basis einer Serie von Interviews mit europäischen Expert:innen eine *Digital Transformation Map* entwickelt wird.
- „Universitäten und Digitale Transformation im Jahr 2030“: Im Dezember veröffentlichte das BMBWF die aktuelle Version des Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplans (GUEP). Der GUEP wurde ursprünglich 2015 erstellt und seither alle drei Jahre auf seinen Umsetzungsstand überprüft. 2022 gelang es erstmals, im GUEP in einem Begleitdokument eine besondere Vision der digital transformierten Universitäten im Jahr 2030 vorzulegen. Diese Vision wurde in Workshops und Treffen von Vertreter:innen des Forums Digitalisierung und des BMBWF gemeinsam erstellt und dient als Richtschnur für die Herausforderungen der kommenden Jahre. •

Forum Digitalisierung



• Claudia von der Linden
Vize Rektorin für Digitalisierung und Change Management an der Technischen Universität Graz und Vorsitzende des Forums Digitalisierung



• Ronald Maier
Vize Rektor für Digitalisierung und Wissenstransfer an der Universität Wien und stellvertretender Vorsitzender des Forums Digitalisierung



• Clemens Unterberger
Referent für Budget, Infrastruktur und Digitalisierung bei der uniko

Mit Vernetzung und Kooperation die Forschung in Österreich stärken

Von Caroline Schober und Johannes Fröhlich

Vor dem Hintergrund einer abklingenden Corona-Pandemie gab es 2022 in puncto Vernetzung für das Forum Forschung und Erschließung der Künste Nachholbedarf. Bereits für 11. und 12. März 2020 war eines der ca. alle zwei Jahre stattfindenden ERA Korrespondent:innen-Treffen in Brüssel geplant: Mit der Ankündigung des ersten Corona-Lockdowns durch die Bundesregierung am Vortag, dem 10. März 2020, hatte sich das gewissenhaft geplante Vorhaben innerhalb weniger Stunden aufgelöst. Im Mai 2022 konnte das Treffen durch perfekte Programmvorbereitung durch das BMBWF und ebensolche Vorortbetreuung durch die Ständige Vertretung in Brüssel erfolgreich stattfinden. Die Themen des Treffens mit Stakeholdern aus dem BMBWF, ERC, FFG, DG RTD und EIC waren u. a. die österreichische Governance zu den EU-Missionen, Research Assessment sowie Digital Science, wobei die beiden letzteren auch auf Kommissionsebene hohe Relevanz besitzen. Weiters wurde ein Treffen mit ERC-Präsidentin Maria Lepetit organisiert, bei dem u. a. die Weiterentwicklung der Kooperationsebene sowie die Assoziation von Drittstaaten besprochen wurden. Die Meetings gaben auch Gelegenheit, Themen wie Exportkontrolle/Foreign Interference sowie die neuen ERAC-Pläne und das neue ERA mit Expert:innen zu besprechen.

Auch in seinem Selbstverständnis setzt das Forum Forschung stark auf Vernetzung und Kooperation. So findet etwa ein regelmäßiger thematischer Austausch mit anderen relevanten Foren der uniko (v. a. Personal und Digitalisierung), aber auch mit externen Stakeholdern statt. Das ständige Format „Blitzlichter Forschung“ auf der Tagesordnung der Forumssitzungen, bei dem Sektionschefin Barbara Weitgruber und Vertreter:innen des BMBWF zu Gast sind, ermöglicht einen engmaschigen Austausch, der 2022 durch Einladung von

Sektionschefin Henriette Spyra auch in Richtung BMK geöffnet wurde. Weiters wurde eine regelmäßige Einladung an die Leitung der ARGE FOFÖ, in der sich Vertreter:innen der universitären Forschungsservices vernetzen, ausgesprochen.

Der Mehrwert der laufenden Austauschformate zeigte sich auch am Beispiel *Fonds Zukunft Österreich (FZÖ)*, der 2022 nach dem Auslaufen der Nationalstiftung 2020 und einer Übergangsfinanzierung 2021 eingerichtet wurde. Das Forum Forschung war mit dem BMBWF in gutem Kontakt und konnte die Bedürfnisse der Universitäten sowie die Dringlichkeit der Umsetzung in den Prozess einbringen. Förderer wie der FWF und insbesondere die CDG sind von diesen Mitteln zur Erfüllung von Grundprogrammen abhängig, Universitäten sind als Fördernehmerinnen aber auch hinsichtlich ihrer Forschungseinrichtungen (z. B. CDG-Labore) betroffen. Es wurden von den sechs berechtigten Fördergebern unterschiedlich budgetär und thematisch gewichtete Programmschwerpunkte entworfen, die jährlich neu zu justieren sind. Auch fördergeberübergreifende Schwerpunkte wie z. B. KI sind angedacht. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren wurden die bewilligten Vorhaben über den eingereichten, gegebenenfalls auch mehrjährigen Zeitraum vom FZÖ gänzlich ausfinanziert. Noch vor dem Sommer 2022 wurden die bis 2025 jährlich zur Verfügung stehenden 140 Millionen Euro mit folgender Aufteilung vergeben: FFG: 42 Mio. (davon Forschungsinfrastruktur 20 Mio.), FWF: 40 Mio. (inkl. EU-Partnerschaften), aws: 12 Mio., CDG: 14,8 Mio., LBG: 8 Mio., ÖAW: 13 Mio., davon 9 Mio. für Registerforschung im neuen Austrian Micro Data Center.

Die *Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG)* wird künftig nicht nur als Forschungsträgerin, sondern auch als Förderin in Erscheinung treten, ebenfalls mit Budget aus dem FZÖ. Fokus

wird dabei die Unterstützung medizinischer (klinischer) Forschung sein, um die österreichische Förderlücke in diesem Bereich zumindest teilweise zu schließen. Im intensiven Austausch zwischen LBG und dem Forum Forschung ist es gelungen, sowohl das neue Forschungsförderungsinstrument der Klinischen Forschungsgruppen zu schaffen als auch eine Einigung über die Rahmenbedingungen der Ludwig Boltzmann Institute neuen Typs zu erlangen. Beide Instrumente wurden bereits als Pilotausschreibungen Ende 2022 bzw. Anfang 2023 ausgeschrieben und befinden sich derzeit in der Begutachtungsphase.

Eine zunehmende Voraussetzung für die Förderwürdigkeit ist *Open Science* und im Besonderen *Open Access (OA)*. Mit zunehmender Sorge beobachten insbesondere publikati-

onsstarke Institutionen die stark steigenden Publikationskosten, den Wildwuchs an Journalen mit teilweise zweifelhaften Qualitätskriterien sowie den Plan der cOAlitionS-Fördergeber (u. a. FWF), transformative Verträge mit Verlagen (die derzeit den größten OA-Anteil in Österreich ausmachen) nicht mehr anzuerkennen. Sehr zum Bedauern der Universitäten wird sich der FWF aus der Beteiligung an transformativen Verträgen zurückziehen und auf eine OA-Pauschale je Forschungsstätte statt auf Vergütung von anfallenden OA-Gebühren umstellen. Open Science wird immer mehr zur gelebten wissenschaftlichen Praxis und geht dabei weit über das OA-Publizieren von Fachartikeln hinaus. OA bleibt aber ein zentrales Element, für dessen Finanzierung in naher Zukunft eine Lösung gefunden werden muss. •

Forum Forschung und Entwicklung und Erschließung der Künste (EEK)



• Johannes Fröhlich

Vizektor für Forschung und Innovation an der Technischen Universität Wien sowie Vorsitzender des Forums Forschung und EEK



• Caroline Schober

Vizektorin für Forschung und Internationales an der Medizinischen Universität Graz und stv. Vorsitzende des Forums Forschung und EEK



• Alexandra Linster

Referentin für das Forum Forschung und EEK bei der uniko (bis Oktober)



• Petra Wejwar

Referentin für das Forum Forschung und EEK bei der uniko (seit November)

Open Science Austria – Community Building und Aktivitäten im Rahmen der European Research Area (ERA)

Von Caroline Schober und Lola Karner

OSA – Open Science Austria unterstützt die österreichischen Universitäten seit mehr als einem Jahr aktiv beim Übergang zu Open Science. Open Science bedeutet, dass Forschung mit einem stark kooperativen Ansatz betrieben wird: Dies umfasst das Generieren, Auswerten und Interpretieren von Daten und Ergebnissen (also den „Produktionsprozess“) ebenso wie die Wiederverwendung und Weitergabe von Methoden und Forschungsdaten oder die freie Zugänglichkeit von Publikationen und Erkenntnissen (die Verbreitung und (Weiter-)Nutzung).

OSA hilft ihren Mitgliedern den Überblick über die vielfältigen, umfangreichen und sich rasch entwickelnden nationalen und internationalen Initiativen und strategischen Papiere zu behalten. OSA bereitet diese für Universitäten und die wissenschaftliche Community auf, um die frühzeitige Mitwirkung im nationalen und internationalen Diskurs zu ermöglichen. Es ist wichtig, dass Entscheidungsträger:innen, Forscher:innen und alle anderen am Forschungsprozess beteiligten Personen, die nicht die Zeit und Möglichkeit haben, sich eingehend mit Open-Science-Thematiken zu beschäftigen, relevante Informationen zu Entwicklungen erhalten, um über eine informierte Entscheidungsbasis zu verfügen.

OSA ist im Rahmen des ERA-NAP 2022–2025 (Österreichs Nationaler Aktionsplan innerhalb der European Research Area) an zwei nationalen Aktivitäten beteiligt: Über die Projekte „Auf dem Weg in eine offene Wissenschaft“ und „Stärkung der Humanressourcen für Wissenschaft und Forschung in Österreich“ stellt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung eine Finanzierung für OSA-Aktivitäten bis Ende 2024 zur Verfügung. Dies inkludiert die Open Science Info Days an mehreren Universitätsstandorten mit einer bewusst breiten Zielgruppe über die Open Science Community hinaus (Entscheidungsträger:innen und Angehörige von Hochschulen, Forschende, Jungforschende, Studierende). Über die OSA-Website werden zentrale Open-Science-Publikationen mit kurzen Erläuterungen als wertvolle Informationsressource für die Community zur Verfügung gestellt. Durch die Etablierung eines Blogs als Kommunikationsplattform soll ein niederschwelliger, offener und konstruktiver Austausch innerhalb einer breiten Zielgruppe zu Themen rund um Open Science initiiert werden. Ein jährlich stattfindender Community Day soll zu einem Austausch- und Vernetzungstreffen für Mitglieder der Community und darüber hinaus wer-

den. Im November 2023 wird der OSA Community Day als gemeinsame Veranstaltung mit dem ERA-Symposium 2023 in Wien stattfinden.

Im ERA-NAP-Projekt „Stärkung der Humanressourcen für Wissenschaft und Forschung in Österreich“ stehen attraktive Forschungskarrieren einschließlich internationaler und intersektoraler Mobilität sowie die Reform des Research Assessments im Fokus. Diese Initiative betreibt OSA gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der Hochschulkonferenz zu „Karrieren in der Forschung im Kontext des europäischen Forschungsraums“. OSA fokussiert hierbei auf den Themenkomplex des Research Assessments: Ziel ist, Empfehlungen zur Umsetzung der Reform des Bewertungssystems für Wissenschaftler:innen an den österreichischen Hochschulen zu formulieren.

Mit all diesen und weiteren Maßnahmen soll das Bewusstsein für den möglichen Nutzen und die Chancen, die Open Science bieten kann, in der österreichischen wissenschaftlichen Community deutlich erhöht werden. •

Open Science Austria



• Caroline Schober
Vizektorin für Forschung und Internationales an der Medizinischen Universität Graz und stv. Vorsitzende des Forums Forschung und EEK



• Lola Karner
Referentin für Open Science Austria (OSA) bei der uniko

Dimensionen universitärer Internationalisierung

Von Friedrich Faulhammer

Die Österreichische Universitätenkonferenz hat mit einem aktuellen Positionspapier zu den zentralen Dimensionen universitärer Internationalisierung notwendiges Augenmerk auf eine tragende Säule des universitären Lebens gelenkt, die aufgrund der gelebten Selbstverständlichkeit des Themas paradoxerweise vielfach zu wenig Aufmerksamkeit bekommt.

Universitäten waren und sind ohne die internationale Dimension seit jeher undenkbar. Grenzen auszuloten und auch darüber hinauszugehen, sind nicht nur Merkmale der freien Wissenschaft und des akademischen Denkens, auch die Überschreitung geografischer Grenzen durch Lehrende und Studierende ist immer schon inhärentes Wesensmerkmal der Universitäten, die stets regen Austausch pflegten. Die Ansprüche an Internationalisierung im akademischen Bereich sind jedoch in Veränderung begriffen.

Es ist naheliegend, in Österreich bei universitärer Internationalisierung zuerst an den europäischen Hochschulraum zu denken. Wesentliche Meilensteine wie der Bologna-Prozess und das europäische Austauschprogramm ERASMUS stehen maßgeblich für die europäische Verankerung der Internationalisierung und die Förderung des Austausches und der Kooperation von Universitäten. Der europäische Hochschul- und Forschungsraum ist also eine Erfolgsgeschichte, die gleichzeitig die Verpflichtung enthält, nicht stehen zu bleiben, sondern eben diese Errungenschaften weiterzuentwickeln. Auch die vom Rat der Europäischen Union im letzten Jahr vorgestellten offiziellen Schlussfolgerungen zur europäischen Strategie zur Stärkung der Hochschuleinrichtungen für die Zukunft Europas adressieren in diesem Zusammenhang eine Vielzahl wichtiger Punkte, die durch verstärkte Zusammenarbeit und Durchlässigkeit erreicht werden sollen und über den akademischen Sektor hinausgehen, wie folgendermaßen betont wird: „Die einzigartige Position der tertiären Bildung zur Erfüllung der sich überschneidenden Aufgabenstellungen in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Dienst an der Gesellschaft ist eine Chance, die es zu nutzen gilt, um das Potenzial für Synergien zwischen diesen vier Aufgabenbereichen auszuschöpfen.“

Hier wird klar aufgezeigt, dass universitäre Internationalisierung nicht mehr allein die Dimension des Austausches und der Kooperation zwischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen umfasst, sondern dass ein deutlich breiteres Spektrum abgebildet werden muss, um die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, mittels multilateraler Kooperationen zu meistern. Diese Zielsetzungen sind für die Universitäten kein Neuland, denn Kernaufgaben der Universitäten sind Forschung und Lehre zum Wohle der Gesellschaft und die Vermittlung des Wissens an die Gesellschaft. Neu ist hier die stärkere Einbindung anderer Akteur:innen und die tiefergehende Vernetzung und Verankerung in der Gesell-

schaft. Universitäten sollten das Rückgrat für aufgeklärte Gesellschaften und gemeinsame europäische Werte bilden. Dabei dürfen die Universitäten durchaus selbstbewusst auftreten, denn die letzten Jahre haben gezeigt, wie essenziell ihr Beitrag ist und wie gestalterisch Universitäten sein können, wenn es darum geht, den Herausforderungen multipler Krisen zu begegnen.

Über Europa hinausblickend ist zu beachten, dass der tertiäre Bildungssektor vor allem in Asien rasant wächst, die Größenordnungen der Investitionen in Universitäten und Forschung sind beeindruckend und laufend werden neue Hochschulen gegründet. Internationale Hochschulrankings bestätigen auch die steigende Qualität und Wettbewerbsorientierung. In diesem Kontext kommt auch dem Kapitel „Europas Werte nach innen und außen vertreten“ im Positionspapier der Universitätenkonferenz zentrale Bedeutung zu. Denn bei allen noch bestehenden Unterschieden innerhalb des europäischen Hochschul- und Forschungsraums sind hier doch deutlich stärkere Unterschiede bezüglich akademischer Freiheit festzustellen.

Die Universitäten stehen auf dem Prüfstand, ihre Werte nicht nur nach innen zu leben, sondern besonders auch dann nach außen zu vertreten, wenn die politischen Rahmenbedingungen anders gelagert sind. Der im Positionspapier der Universitätenkonferenz skizzierte Weg zwischen möglichen wissenschaftlichen Kooperationen als *Science Diplomacy* und notwendigen Grenzziehungen bedarf sorgfältiger Abwägung und strategischer Überlegungen. Den Universitäten kommt hier die Verantwortung zu, im Rahmen ihrer Möglichkeiten konstruktive internationale Partnerschaften zu stärken. •



• Friedrich Faulhammer
Rektor der Universität für Weiterbildung Krems; Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des uniko-Positionspapiers „Zentrale Dimensionen universitärer Internationalisierung“
uniko.ac.at/themen/internationales/zentrale-dimensionen/



• Stephanie Zwiessler
Referentin für Internationales bei der uniko

Gemeinsam gegen die Klimakrise!
Universitäten als Motoren der Nachhaltigkeit

„Schaffen wir es nicht, den Klimawandel zu verlangsamen und uns an die Veränderungen anzupassen, werden soziale Spannungen, Hunger, Verteilungskämpfe und Migration zunehmen.“ – Mit diesen eindringlichen Worten wandte sich Martin Gerzabek vom Institut für Bodenforschung an der BOKU am 21. Juni im Rahmen eines Impulsreferats an die Mitglieder des uniko-Fördervereins.

Bei der regen Diskussion im Anschluss, an der sich neben uniko-Präsidentin Sabine Seidler auch Veronica Kaup-Hasler, Wiener Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, beteiligte, ging es um Best-Practice-Beispiele im In- und Ausland, sinnvolle Allianzen und die nötigen politischen Rahmenbedingungen. Die Frage, welche wertvollen Erkenntnisse Nachhaltigkeitsprojekte in Afrika für die Landwirt-

schaft in Europa unter zunehmenden Wetterextremen liefern können, wurde ebenso diskutiert wie die Ambivalenz Chinas zwischen einem enormen Raubbau an der Natur und nachhaltigen Vorzeigeregionen. Einigkeit herrschte darüber, dass es rasche und konkrete gesetzliche Vorgaben vonseiten der Politik ebenso braucht wie eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Dafür sei es notwendig, das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken, gegen populistische Tendenzen anzukämpfen und den Menschen die Angst vor Veränderung zu nehmen. Kunst und Kultur würden hier einen wichtigen Beitrag leisten, um „sichtbare und sinnliche Zeichen“ des Wandels zu setzen und gesellschaftliche Diskurse in Gang zu bringen.

Die Menschheit steht vor unglaublichen Herausforderungen:

1) *Klimawandel:* Der Klimawandel zieht vielfältige Auswirkungen nach sich: sowohl z. B. direkte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Sicherheit (vermehrte Hitzetage, Dürre, Überschwemmungen, Waldbrände etc.) als auch auf die Primärproduktion (Land- und Forstwirtschaft), den Wasserhaushalt und die Habitate für Pflanzen und Tiere auf der Erde. Die BEAT-Studie (2018) schätzt für Österreich einen Rückgang der Bodenfruchtbarkeit in Ostösterreich von 35 bis 50 Prozent und einen äquivalenten Rückgang der Erntemengen bis 2050 mit einem gleichzeitigen weiteren Rückgang der Selbstversorgung.

2) *Biodiversitätskrise:* Wir haben es hier mit dem 6. Massenaussterben von Arten in der Geschichte der Erde zu tun. Die Insektenbiomasse ist um 76 Prozent zurückgegangen (Background wären 0,1 bis 1 Art pro 10.000 Arten und 100 Jahren; die derzeitige Rate ist 100- bis 1000-mal höher). Dies ist eine große Gefahr für die Stabilität und die Resilienz der Ökosysteme. Warum? Normalerweise übernehmen andere Arten die Funktionen im Ökosystem, wenn eine Art ausstirbt. Dies ist zunehmend nicht mehr möglich bei einer so

schnellen Aussterberate. Der Mensch ist für die Biodiversitätskrise verantwortlich (Stichwort Klimawandel: verstärkte Brände und Überschwemmungen; Landnutzungsänderungen, die Habitatverluste nach sich ziehen).

3) *Abnahme der Zahl demokratisch geführter Länder, Radikalisierung, Nationalismus, Kriege, Wirtschaftskrisen:* Wie das Beispiel Wasser im Tschad zeigt, geht es auch um einen Verteilungskampf um Ressourcen. Migration wegen Mangelernährung etc. ist die Folge. Diese Probleme verstärken sich durch die Klimakrise noch mehr. Es befinden sich ca. 68 Millionen Migrationswillige in Subsahara-Afrika!

Schaffen wir es nicht, den Klimawandel zu verlangsamen und uns an die Veränderungen anzupassen, werden soziale Spannungen, Hunger, Verteilungskämpfe und Migration zunehmen. [...]

Den Universitäten kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, die schwierige Situation und die großen Herausforderungen zu meistern. Ich denke, dass die COVID-19-Krise gezeigt hat, dass die Wissenschaft in Krisensituationen wichtige Beiträge leisten kann. Dabei müssen mehrere Grundvoraussetzungen er-

füllt sein: (i) Die Wissenschaft, die Universitäten müssen sich ihrer sehr großen Verpflichtung bewusst sein und das Engagement einzelner Wissenschaftler:innen oder Gruppen von Wissenschaftler:innen entsprechend fördern; Politikberatung muss sich für die Einzelnen auch „auszahlen“; (ii) die Wissenschaftler:innen sollten glaubwürdig und differenziert in der Öffentlichkeit und der direkten Politikberatung auftreten und (iii) die Gesellschaft und die Politik muss die Wissenschaft und ihre Mechanismen ernst nehmen. Dazu benötigt es auch institutionelle Unterstützung!



• Martin Gerzabek

Stv. Vorstand des Institutes für Bodenforschung an der BOKU; Präsident der Christian Doppler Forschungsgesellschaft
Das gesamte Impulsreferat ist nachzulesen im uniko-Newsletter 5/2022 unter <https://uniko.ac.at/newsroom/newsletter>

Die Europäisierung von Forschung und Lehre

Was waren die Meilensteine auf dem Weg zu einer gemeinsamen Forschungs- und Wissenschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union? Wo stehen wir heute? Und was sind die Herausforderungen für die Zukunft? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der letzten Ausgabe der uniko Impulse 2022, zu dem der Verein zur Förderung der Universitätenkonferenz unter dem Vorsitz von Heinrich Schmidinger am 13. Dezember geladen hatte. Das Impulsreferat zum Thema „Die Europäisierung von Forschung und Lehre“ lieferte der frühere Wissenschaftsminister und nunmehrige Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Heinz Faßmann.

Nach einem Rückblick über die Entwicklungen und Erregenschaften der letzten Jahrzehnte nahm Faßmann die von der Europäischen Kommission 2022 veröffentlichte „European Strategy for Universities“ zum Anlass, Bilanz zu ziehen. Diese fiel durchwachsen aus. Nach einer Phase der kontinuierlichen Annäherung und Mobilitätssteigerung durch Erfolgsprojekte wie ERASMUS habe man nun gewissermaßen den „Plafond der Europäisierung“ erreicht, so Faßmann. Was die Gründe dafür sein könnten, wurde in der anschließenden Diskussion erörtert. Diese drehte sich um Forschungsausgaben, Exzellenzförderung und vertikale Mobilität im internationalen Vergleich, das Beharren auf nationalstaatlichen Kompetenzen und die möglichen Fallstricke internationaler Kooperationen. Einig war man sich indes bei dem Befund, dass es ein starkes politisches Bekenntnis braucht, um Wissenschaft und Forschung auf der europäischen Agenda weiter nach oben zu bringen und nötige Reformen einzuleiten.



Foto: Ludwig Schedl/ÖAW

• Heinz Faßmann

Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Organe und Personen

PRÄSIDIUM



Foto: Raimund Appel



Foto: Daniel Waschnig

- Sabine SEIDLER (Präsidentin)
Rektorin, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. Ing. h. c. Technische Universität Wien
 - Edeltraud HANAPPI-EGGER
Rektorin, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. Wirtschaftsuniversität Wien
 - Sebastian SCHÜTZE
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Universität Wien (seit 17.10.2022)
- Oliver VITOUCH (Vizepräsident)
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Universität Klagenfurt
 - Tilmann MÄRK
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Universität Innsbruck
 - Ulrike SYCH
Rektorin, Mag. art. Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
- Heinz W. ENGL
Rektor, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. Universität Wien (bis 30.9.2022)
 - Hellmut SAMONIGG
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Medizinische Universität Graz

PLENARVERSAMMLUNG

- Sabine SEIDLER (Präsidentin)
Rektorin, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. Ing. h. c. Technische Universität Wien
 - Oliver VITOUCH (Vizepräsident)
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Universität Klagenfurt
 - Gerald BAST
Rektor, Dr. Universität für angewandte Kunst Wien
 - Wilfried EICHSIEDER
Rektor, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. Montanuniversität Leoben
 - Heinz W. ENGL
Rektor, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. Universität Wien (bis 30.9.2022)
- Friedrich FAULHAMMER
Rektor, Mag. Universität für Weiterbildung Krems
 - W. Wolfgang FLEISCHHACKER
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Medizinische Universität Innsbruck
 - Elisabeth GUTJAHR
Rektorin, Prof. Universität Mozarteum Salzburg
 - Edeltraud HANAPPI-EGGER
Rektorin, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. Wirtschaftsuniversität Wien
 - Johan F. HARTLE
Rektor, Mag. Dr. Akademie der bildenden Künste Wien
- Brigitte HÜTTER
Rektorin, Mag. Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz
 - Harald KAINZ
Rektor, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr. h. c. mult. Technische Universität Graz
 - Hendrik LEHNERT
Rektor, Prof. Dr. Dr. h. c. Universität Salzburg
 - Meinhard LUKAS
Rektor, Univ.-Prof. Mag. Dr. Universität Linz
 - Markus MÜLLER
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Medizinische Universität Wien

- Peter RIEDLER
Rektor, Mag. iur. Dr. iur. Universität Graz
 - Hellmut SAMONIGG
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Medizinische Universität Graz
 - Eva SCHULEV-STEINDL
Rektorin, Univ.-Prof. MMag. Dr. Universität für Bodenkultur Wien
- Georg SCHULZ
Rektor, Univ.-Prof. MMag. Dr. Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
 - Sebastian SCHÜTZE
Rektor, Univ.-Prof. Dr. Universität Wien (seit 1.10.2022)
- Ulrike SYCH
Rektorin, Mag. art. Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
 - Petra WINTER
Rektorin, Univ.-Prof. Dr. Veterinärmedizinische Universität Wien

Foren

- Forum Budget und Ressourcen

 - Vorsitz: Peter RIEDLER
Rektor, Mag. iur. Dr. iur. Universität Graz
- Forum Forschung und EEK

 - Vorsitz: Johannes FRÖHLICH
Vizerektor, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Technische Universität Wien
- Forum Lehre

 - Vorsitz: Bernhard FÜGENSCHUH
Vizerektor, Univ.-Prof. Dr. Universität Innsbruck
- Forum Digitalisierung

 - Vorsitz: Claudia VON DER LINDEN
Vizerektorin, Dipl. Wirtschaftsingenieurin (FH) Technische Universität Graz
- Forum Personal

 - Vorsitz: Michael LANG
Vizerektor, Univ.-Prof. Dr. Wirtschaftsuniversität Wien
- Forum Caroline SCHÖBER

 - Vizerektorin, Mag. Medizinische Universität Graz

GENERALSEKRETARIAT DER UNIKO

- Mag. Elisabeth FIORIOLI
Generalsekretärin
 - Stephanie ZWIESSLER, M.A.
Internationales, stv. Generalsekretärin
 - MMag. Marion GOLLNER
Öffentlichkeitsarbeit
 - MMag. Cornelia GÖLS
Lehre, Gender & Diversity (seit 16.1.2023)
 - Mag. Lola KARNER
Open Science Austria
- Sylwia KRUL
Sekretariat
 - Dr. Alexandra LINSTER, MA Bakk.
Forschung (seit 10.1.2022)
 - Gerda PRIESSNITZ
Organisation
 - Mag. Doris SCHÖBERL
Personal, Dachverband der Universitäten
 - Barbara STACHER
Organisation (seit 1.7.2022)
- Mag. Clemens UNTERBERGER, MSc
Budget, Infrastruktur, Digitalisierung
 - Mag. Petra WEJWAR
Forschung (karenziert bis 8.10.2022)
 - Ausgeschieden:
 - Petra HENNRICH, BA
Organisation (bis 31.5.2022)
 - Mag. Dr. Elisabeth WESTPHAL
Lehre, Gender & Diversity (bis 25.10.2022)

Dachverband der Universitäten

- Vorsitzender: Michael Lang
Vizerektor, Univ.-Prof. Dr. Wirtschaftsuniversität Wien

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

- Präsident: Heinrich Schmidinger
Univ.-Prof. Dr.

Unsere Mission: Die Interessen der Universitäten in den Mittelpunkt stellen

Die uniko ist als Dachorganisation aller öffentlichen Universitäten der zentrale Ort für interne Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozesse sowie deren starke Interessensvertretung nach außen. Sie ist als wichtigste Stimme der Universitäten gegenüber Politik und Öffentlichkeit etabliert. Die uniko ermöglicht den Universitäten, ihren Aufgaben für das Gemeinwohl noch effizienter und wirkungsvoller nachzukommen.

- Wir erkennen frühzeitig Entwicklungen und setzen die Agenda.
- Wir entwickeln und vertreten wirksame Positionen zu strategischen Themen.
- Wir schaffen Öffentlichkeit und mediale Präsenz.
- Wir eröffnen Raum für gesellschaftliche Diskurse.
- Wir steigern Effizienz durch die gemeinsame Nutzung von Ressourcen.
- Wir teilen Erfahrung und Wissen und pflegen Netzwerke.
- Wir vertreten die Universitäten als Arbeitgeberinnen.

ERSTE 

Unser Land
braucht
Menschen,
die an sich
glauben.

Und eine Bank,
die an sie
glaubt.

